

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugpreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 70 A

BERLIN • Mittwoch, den 23. März 1932

1. JAHRGANG

Steigende Not — verordneter Friede!

Stadt in Konkurs. — Groener kann sich nicht vorstellen

Erwerbslosennot der Gemeinden.

In Berlin, 21. März.
Die Lage der Gemeindefinanzen im neuen Haushaltsjahr bildete den Gegenstand einer Pressebesprechung, zu der die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände — Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Reichsstädtebund und Deutscher Landgemeindetag — eingeladen hatte. Präsident MÜLERT betonte, daß die Gemeinden hinsichtlich des am 1. April beginnenden Haushaltsjahres 1932 sich in einer äußerst schwierigen Lage befänden. Insbesondere drohten die Wohlfahrtsaufwendungen für die Erwerbslosenfürsorge zu einer Katastrophe zu führen. Vor allem müsse die Vereinheitlichung der Erwerbslosenbetreuung gefordert werden. Als Zwischenlösung bis zur Durchführung dieser Forderung verlangte er sofortige Abstopfung der neuen Zugänge zur Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge, sowie die Rückweisung von gemeindlichen Wohlfahrts-erwerbslosen an die Krisenfürsorge. Würden diese Forderungen nicht erfüllt, so bliebe nur der Ausweg, die Bürgersteuer das ganze Jahr weiter zu erheben.

Stadt im Konkurs.

In Breslau, 21. März.
Als erste preussische Stadt ist die Stadt Köbau a. d. Oder (etwa 1800 Einwohner) in Konkurs geraten. Die Schulden sollen insgesamt 600 000 Mark betragen. Als Gläubiger werden neben dem Staat in der Hauptsache Breslauer Banken genannt.

Um die Krankenhaussätze.

In Berlin, 21. März.
Die Spitzenverbände der Krankenhäuser, Krankenkassen, Ersatzkassen und Berufsgenossenschaften haben am 14. März im Reichsarbeitsministerium über die Senkung der Krankenhauspflugesätze verhandelt. Es bestand Einigkeit darüber, daß eine einheitliche Festsetzung oder Senkung für das ganze Reich nicht in Frage komme, da die Verhältnisse örtlich verschieden lägen. Oertlich oder bezirkswise sollen nun die Krankenhäuser und die beteiligten Versicherungsträger hierüber verhandeln.

Kommunisten verurteilt.

Zuchthaus wegen Schießerei mit Pollzei.

In Berlin, 21. März.
Das Schwurgericht beim Landgericht I verurteilte den kommunistischen Arbeiter RUDACHOWSKI wegen versuchten Totschlags, schweren Landfriedensbruchs, und unbefugten Waffenbesitzes zu drei Jahren Zuchthaus und zwei Jahren Ehrverlust. RUDACHOWSKI hatte am 31. August vorigen Jahres im Verlauf der kommunistischen Antikriegskundgebungen einen Schuß auf den Polizeihauptwachmeister FIEBIG abgegeben, durch den der Polizeiwachmeister schwer verletzt wurde. Vier mitangeklagte Kommunisten wurden wegen Waffenbesitzes, Begünstigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu einem Jahr, neun Monaten und zweimal je vier Monaten Gefängnis verurteilt. Fünf weitere Angeklagte wurden mangels Beweises freigesprochen.

ADGB-Kongreß verschoben.

In Berlin, 21. März.
Der allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund teilt mit: Der Bundesvorstand des ADGB hat den zum 23. März nach

Berlin einberufenen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß im Hinblick auf den inzwischen verordneten Burgfrieden auf einen späteren Termin vorlegt mit der Begründung, in Anbetracht der Bedeutung und Dringlichkeit der Tagesordnung dieses Kongresses, die als einziger Punkt die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung umfaßt, müsse der allergrößte Wert darauf gelegt werden, daß die Verhandlungen über diese entscheidende Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik nicht durch die Zwangsvorschriften des Burgfriedens behindert oder eingeschränkt werden.

Der neue Zeitpunkt des Kongresses wird noch bekanntgegeben.

Rpt. Es ist kaum anzunehmen, daß die Sorge vor Behinderung oder Einschränkung der Verhandlungen durch den Osterfrieden der wirkliche, oder wenigstens alleinige Grund für die Verschiebung ist. Denn warum sollte nicht trotz des Osterfriedens eine geschlossene Delegierten-Versammlung unter Zuziehung geladener Gäste in Berlin tagen können?

Ueber den wirklichen Grund können wir nur Vermutungen hegen. Am nächsten liegt wohl die Annahme, daß in den Reihen führender Gewerkschaftskollegen Meinungsverschiedenheiten über das Programm bestehen, das dem Kongreß zur Beschlufassung vorgelegt werden soll. Wie stark die Ansicht WOTYNSKY von der der „Vorwärts“-Redaktion abweicht, zeigen wir heute im Wirtschaftsteil. Auch innerhalb der „Gewerkschaftszeitung“, dem Organ des ADGB, kommen sehr verschiedene Ansichten über die Voraussetzungen und Möglichkeiten der geplanten Arbeitsbeschaffungsaktion zur Geltung. Man will diese Meinungsverschiedenheiten offenbar nicht erst auf dem Krisenkongreß, sondern schon vorher klären.

Schließlich haben die Gewerkschafts-Vertreter im Reichswirtschaftsrat mit für dessen Gutachten zur Frage der Arbeitsbeschaffung gestimmt. Dieses Gutachten wurde einstimmig angenommen. In ihm heißt es, „daß der Umfang, in dem die Reichsbank einer Finanzierung von Arbeitsbeschaffungs-Projekten . . . zustimmen könnte, beschränkt sein muß“. Diese Festlegung macht es kaum möglich, den sogenannten W.T.B.-Plan dem Krisenkongreß vorzulegen.

Die Vertagung des Kongresses gibt allen Gewerkschaftskollegen eine weitere Frist, mit den Delegierten über die Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung zu sprechen. Wir hoffen, daß diese Frist ausgenutzt wird, auch zur Diskussion des vom ISK vorgelegten Programms, das nicht nur die Beschaffung von Arbeit, sondern darüber hinaus die Beseitigung der Wirtschaftskrise zum Ziel hat.

Groener kann sich nicht vorstellen

In Berlin, 21. März.

Der braunschweigische Hitler-Jugendtag ist bereits angesetzt gewesen, als von einem politischen Osterfrieden noch nichts bekannt war. Auch das Reichsinnenministerium hatte schon damals von dem beabsichtigten Hitler-Jugendtag in Braunschweig Kenntnis. In einigen Blättern ist geäußert worden, daß der Jugendtag trotz des vorfindigen Osterfriedens abgehalten werden würde. Das Reichsinnenministerium erklärt hierzu, es könne sich nicht vorstellen, daß Braunschweig gegen eine Verordnung des Reichspräsidenten verstoßen würde.

AUS DEM INHALT:

Freiwilliger Arbeitsdienst und die Freien Gewerkschaften.
Der IGB und die Wirtschaftskrise.
Wann kommt die aktive Wirtschaftspolitik?
Wahlbrief aus der Provinz.
Arbeiter-Kino.
Die Liga für Menschenrechte.

Zur Lage

des polnischen Proletariats.

Von Berta Rode.

Angesichts der Arbeitskämpfe in der ostoberschlesischen Eisen- und Kohlenindustrie sollen einige Tatsachen dienen, das Verständnis für die Lage des polnischen Proletariats zu erleichtern, das zu den am meisten unterdrückten Europas zählt.

Das Industrieproletariat Polens, also der Stützpunkt gewerkschaftlicher und politischer Kämpfe, ist gering an Zahl. Polen ist ein ausgesprochenes Agrarland, 64 Prozent seiner Bevölkerung gehören landwirtschaftlichen Berufen an, nur 14 Prozent der Industrie und dem Bergbau.

Das würde für den Kampf der Industriearbeiterschaft jedoch nichts Ungünstiges besagen, wenn sie, wie z. B. in Dänemark, in einer aufgeklärten und fortgeschrittenen Dorfbewölkerung wurzelte. Polen ist aber nicht nur Agrarland, sondern ein vom Großgrundbesitz beherrschtes Agrarland. Es gibt in Deutschland etwa 23 000 Junker, die fast ein Viertel des deutschen landwirtschaftlich genutzten Bodens besitzen. Wie groß die politische Macht dieser Herren ist, hat der „Funke“ oft genug unter Beweis gestellt. In Polen haben etwa 19 000 Junker weit über 40 Prozent der gesamten Ackerfläche inne!

Polen ist tatsächlich, ebenso wie das alte Rom, einmal bereits an seinen Latifundien zu Grunde gegangen. Es versteht sich von selber, daß die Besitzer der Latifundien die „Adligen“ waren. Sie haben vom 16. bis zum 18. Jahrhundert (1572—1772) die Bauern ihres Bezirks in einer Weise geknechtet und ausgezogen, daß die einfallenden Nachbarvölker das vorher so mächtige Polen unter sich aufteilen konnten, weil sie weder bei den faulen Herrscherschichten, noch bei den völlig entkräfteten Bauern erheblichen Widerstand fanden.

Die Leibeigenschaft der Bauern hat in großen Teilen Polens in ihrer härtesten Form noch bis Mitte des vorigen Jahrhunderts und länger bestanden. Es ist noch nicht siebenzig Jahre her, daß auch in dem vormals russischen Teilgebiet die letzten Bauern frei wurden.

Auch heute noch kann jeder dritte Pole weder lesen noch schreiben. In den östlichen Wojewodschaften Wolhynien und Polesien sind sogar 79 bzw. 71 Prozent der Bevölkerung Analphabeten. Kaum irgendwo in Europa hat die Kirche eine solche Macht über das ländliche Proletariat wie in Polen. Es wird erzählt, daß 1920, als Polen gegen Sowjetrußland mobilisierte, aus den ländlichen Bezirken zunächst kaum Meldungen zum Heeresdienst erfolgten. Erst als sich die Pfarrer der Sache des Krieges — wie überall — annahmen, und von der Kanzel herab ihren Anhängern empfahlen, sich zu stellen, meldeten sich 100 000 Mann. Uebrigens auch eine Illustration zu dem „Nationalismus“ des polnischen Proletariats! Sind Wahlen, so geleiten die Priester die des

„Gebt dem Völkerbund einen Fußtritt!“

Als der Ausschuß des Völkerbundes in Schanghai berufen werden sollte und Lord LYTTON seine Rede vom Stapel gelassen hatte, entstand eine Erregung bei der chinesischen Bevölkerung in Schanghai. Sie riß die Plakate herunter, die zum Empfang der Völkerbundskommission aufgestellt waren und ersetzte sie durch neue, auf denen es hieß: „Gebt dem Völkerbund einen Fußtritt! Wer hat den Völkerbund eingeladen, hierherzukommen?“

Diese Stimme der Bevölkerung, dieser leidenschaftliche und wahre Protest gegen das Herumkutschieren von Völkerbundsdelegierten von Empfinden zu Empfinden, ist nicht das Werk von Demagogen, die die Massen aufgefressen haben. Die nachstehenden Tatsachen, die gerade jetzt von den chinesischen Behörden bekannt gegeben worden sind, und die die Bevölkerung längst aus eigener Erfahrung kennt, liegen der Empörung und der Verzweiflung der chinesischen Bevölkerung zugrunde:

1. 8000 der chinesischen Zivilbevölkerung Schanghais sind durch den Ueberfall der Japaner getötet worden.
2. 70 Prozent des chinesischen Eigentums in der besetzten Zone von Schanghai sind zerstört worden.
3. Der Wert der vernichteten Gebäude auf 192 Millionen Mark, der Wert der vernichteten Fabriken auf 55 Millionen Mark geschätzt.
4. 350 000 Menschen sind arbeitslos geworden; 80 Prozent aller Baumwollspinner sind erwerbslos.
5. 3000 Lehrer sind ohne Beschäftigung; die Schulen und Hochschulen sind geschlossen; über 60 Schulgebäude sind zerstört.
6. Die Verluste der Eisenbahnen worden auf rund 14 Millionen, der Wert der zerstörten Brücken und Straßen auf rund 1,1 Millionen sowie der an vernichteten Hafenanlagen auf rund 8 Millionen Mark geschätzt.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Lesens und Schreibens unkundigen Bauersleute an die Wahlurne und „unterrichtet“ sie, wen sie wählen sollen.

Polen hat eine äußerlich gute Agrargesetzgebung, die, weil sie so gut ist, auch zunächst heftige Gegner im Großgrundbesitz und in der Kirche fand. Nach diesem Gesetz kann jeder Großgrundbesitzer — auch die Kirche, die in Polen allein an Waldfläche 85 000 Hektar besitzt — bis auf einen Besitz von 60—100 Hektar enteignet werden, zur Vergrößerung der Zwergbetriebe und Schaffung neuer Bauernstellen. Kein Wunder, daß Großgrundbesitz und Kirche sich bedroht fühlten! Doch die Regierung benutzte die Agrargesetzgebung lediglich dazu, die in Polen außerordentlich starken nationalen Minderheiten zu enteignen und zu verdrängen. In zehn Jahren (1919 bis 1929) sind hauptsächlich auf Kosten der nationalen Minderheiten, 435 000 bäuerliche Betriebe gebildet worden, teils durch Vergrößerung von Zwergbetrieben, teils durch Neuschaffung von Bauernstellen. Wenn diese „innere Kolonie“, die jetzt aus rein nationalistischen Gründen von der polnischen Regierung parzelliert wird, erschöpft ist, dann wird wohl das polnische Agrargesetz zu den Akten gelegt werden. Immerhin wäre ohne seine Durchführung die Lage des polnischen Proletariats noch schlechter als heute.

Den segensreichen innerpolitischen Wirkungen dieses Agrargesetzes steht jedoch entgegen der kolossale Geburtenzuwachs der polnischen Bevölkerung, der in einem Lande des Großgrundbesitzes, dem die Abschiebung seiner „überzähligen“ Bewohner in wachsendem Maße verwehrt wird, notwendig einmal zur Katastrophe führen muß. Trotz miserabler hygienischer Verhältnisse und trotz ständiger Wanderungsverluste hat sich die polnische Bevölkerung in den vergangenen zehn Jahren um 17 Prozent vermehrt. Kein großes Einwanderungsland mit vergleichbarer Statistik hat eine ähnliche Bevölkerungszunahme in dieser Zeit aufzuweisen!

Die Lage des bäuerlichen Betriebs, zu dem er Zutritt hat, bestimmt auf die Dauer und im Durchschnitt die Lage des Industriearbeiters. Die Lage der ihm „offenen“ Bauernwirtschaft ist die Basis des Industriearbeiterlohnes.

Es ist aber, nach den bereits genannten Tatsachen, kein Wunder, daß auch bei verhältnismäßig energischer Siedlungspolitik die polnische Bauernschaft eine sehr niedrige Lohnbasis ist, so wenig wie es ein Wunder ist, daß in Polen der Großgrundbesitz dem bäuerlichen Betrieb als Betriebsform überlegen ist. Eine bäuerliche Bevölkerung, zu einem großen Teil aus Analphabeten bestehend und in tiefem Aberglauben gehalten, von Jugend auf und von altersher erzogen zur Demut gegen Priester und Junker, kann gar nicht intensiv wirtschaften. Für die extensive Wirtschaft aber fehlt ihnen der Boden. Eine lächerliche und gedankenlose Meinung ist es, dem polnischen Bauern, auch nur seiner sogenannten Anlage nach, die Schuld an seinem Elend zuzuschreiben, das Unterwürfigkeit, Schmutz und Unwissenheit ebenso zur Folge hat, wie es selber auf ihnen beruht.

Um zu ermesen, wie tief der Lebensstandard des polnischen Proletariats tatsächlich ist, genügt eigentlich ein Blick auf die polnischen ländlichen Wanderarbeiter, die weite Reisen auf sich nehmen, um zu den miserablen Bedingungen zu arbeiten, die ihnen z. B. der deutsche Großgrundbesitz bietet. Um aber insbesondere zu be-

greifen, auf welches Lohnniveau die ostoberschlesischen Industriearbeiter herabgedrückt werden sollen, folgende Zahlen: Im August 1930 — beim Beginn der Wirtschaftskrise in Polen — hatten die Reallöhne der polnischen Arbeiter höchstens 85 Prozent der Vorkriegslöhne erreicht. Die Nominallöhne betragen damals:

Tagelöhne August 1930.	
Dombrower und Krakauer Kohlengrube:	
Hauer unter Tage . . .	9,88 Zloty (4,64 Mark)
Hilfshauer unt. Tage	
über 21 Jahre . . .	5,70—6,08 Zloty (2,68—2,86 Mark)
Ostoberschlesisches Revier:	
Hauer unter Tage . . .	10,98 Zloty (5,16 Mark)
Arbeiter über Tage	10,98 Zloty (4,74 Mark)
Textilindustrie:	
Weber u. Spinner	
in Lodz . . .	8,02—8,65 Zloty (3,77—4,07 Mark)
Spinnereien . . .	5,35 Zloty (2,51 Mark)
Weber an 6 bis 10	
Stühlen in Bia-	
lystok . . .	7,13 Zloty (3,35 Mark)
Spinnerin in Bia-	
lystok . . .	5,48 Zloty (2,58 Mark)
Spinner an 4 auto-	
mat. Spinnmasch.	
in Biala . . .	9,22 Zloty (4,33 Mark)

Zu dem wirtschaftlichen und kulturellen Druck, der auf dem polnischen Proletariat lastet, gesellt sich eine wütende Regierung, in der der gewichtigste Einfluß Piłsudski ausübt, von dem berichtet wird, daß er 1905 als Wegelagerer einen Eisenbahn-Ueberfall verübte. Seine Regierungshandlungen widersprechen diesem Bericht

„Gebt dem Völkerverbund einen Fußtritt!“

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

7. Der Gesamtwert der von den Japanern angerichteten Schäden in Schanghai wird auf 1,2 Milliarden Mark geschätzt.

Demgegenüber ist es offener Hohn, wenn auf Veranlassung der japanischen Regierung der Geschäftsträger in Schanghai bei den chinesischen Behörden Einspruch gegen die Zunahme der japanfeindlichen Bewegung erhoben hat. Diese Beschwerde war von der Meldung begleitet, daß eine Abberufung der japanischen Truppen aus Schanghai bei der Verschärfung der Stimmung der Bevölkerung nicht möglich sei.

Die gestrigen Meldungen, die von einem Abkommen zwischen den japanischen und chinesischen Vertretern berichteten, haben sich einstweilen so weit geklärt, daß die chinesischen und japanischen Vertreter sich dahin geeinigt haben, bereits am Mittwoch eine förmliche Erörterung über die noch bestehenden Streitfragen zu eröffnen. Der Japaner teilte mit, daß seine Regierung folgende drei Punkte als Besprechungsgrundlage annehme:

1. Die chinesischen Truppen verbleiben in ihren gegenwärtigen Stellungen.
2. Die japanischen Truppen werden planmäßig (nach der internationalen Niederlassung und aus den anliegenden Straßen des Hongkiu-Bezirks) zurückgezogen.
3. Ein gemischter Ausschuß, dem Vertreter der neutralen Mächte zugeteilt werden, soll die Durchführungen der Maßnahmen überwachen.

Aus Tokio wird gemeldet, daß die japanische Regierung einen Teil ihrer Flotte von Schanghai zurückziehen will. Entsprechendes wird aus Washington gemeldet, da das Marineministerium die unmittelbare Kriegsgefahr für erledigt betrachtet.

Am Montag sind die Beamten und Arbeiter der Untergrundbahn in Tokio in den Streik getreten. Streikbrecher konnten von den Streikenden zurückgehalten werden.

(der vielleicht Legende ist) nicht. Die äußere Politik ist gekennzeichnet durch den bekannten Raubzug auf Wilna, die innere durch rücksichtslose Unterdrückung der nationalen Minderheiten, ja jeder der Regierung erwachsenden Opposition. In dem polnischen Reichstag, dem Sejm, hat das Kabinett fast nur Ja-Sager sitzen: Von 440 Abgeordneten gehören 326 dem Regierungsbündel und regierungsfreundlichen Parteien (Klerus, Großgrundbesitzer, Industrielle, Mittelstand) an. Entsprechend sieht der Haushaltsplan Polens aus, in dem nahezu die Hälfte aller Ausgaben für Militärwesen angesetzt sind.

Obgleich diese wenigen Tatsachen uns kein abschließendes Gesamtbild von der Lage des polnischen Proletariats geben können, so weisen sie doch darauf hin, wie ungeheuer stark der Druck ist, der auf Polens Arbeitern und Bauern lastet. Dieser Druck ist, ob wir die wirtschaftliche, die kulturelle oder die politische Seite betrachten, erheblich stärker als selbst im heutigen Deutschland. Noch eines kommt hinzu: Während es in Deutschland lediglich eine Sache der Selbstbestimmung in der klassenbewußten Arbeiterschaft ist, den auf ihr liegenden Druck der Ausbeuterklasse wenigstens zu mindern — die geistigen und organisatorischen Bedingungen stehen ihr zur Verfügung —, fehlen in Polen noch viele geistige und organisatorische Voraussetzungen für die Entwicklung der proletarischen Kraft. Tradition, Armut, Priester- und Junkerherrschaft haben gemeinsam Chance, auch in absehbarer Zukunft in Polen keine klassenbewußte Arbeiterbewegung zur Geltung kommen zu lassen, auf die sich in Arbeitskämpfen wie dem ostoberschlesischen unsere Kollegen stützen könnten. Um so wichtiger für uns, jenen kämpfenden Genossen internationale Solidarität zu beweisen.

An der mandschurisch-sibirischen Grenze sind 3000 Mann neuer japanischer Truppen eingerückt, freilich unter Vermeidung der Benutzung der chinesischen Ostbahn. Der Meinungsaustausch zwischen Japan und der Sowjet-Union hat durch die Antwort des japanischen Botschafters auf die Anfragen KARACHANS hin über die Tätigkeit der Weißgardisten und die Absichten der mandschurischen Regierung vorläufig einen Abschluß gefunden.

Die Antwort enthält die üblichen diplomatischen Auskünfte, die darauf hinauslaufen, daß Japan weder direkt noch indirekt die Weißgardisten-Bewegung unterstütze, daß die mandschurische Regierung eine Politik der Offenen Tür betreibt, daß die japanische Regierung sich befleißige, bei der Besetzung der chinesischen Ostbahn die Verträge zu achten, kurz, daß die japanische Regierung bemüht gewesen sei, in jeder Weise vollkommen loyal zu handeln.

Der japanische Botschafter hat bei dieser Gelegenheit um Auskunft gebeten, was es mit der Zusammenziehung sowjet-russischer Truppen und dem Bau eines militärischen Flugplatzes an der japanisch-russischen Grenze auf sich habe. KARACHAN erklärte, daß die Nachrichten über Truppenkonzentration an der Grenze nicht den Tatsachen entsprechen, und daß die Nachricht über den Bau eines Flugplatzes eine Erfindung sei. Die russischen Vertreter in der Mandschurei seien angewiesen worden, strikte Neutralität zu bewahren.

Heute, am Goethe-Tag, fällt einem zu diesem Meinungsaustausch der Diplomaten ein:

„So ungefähr sagt's ja der Pfarrer auch,
Nur mit ein bißchen andren Worten.“

Der „Völkische Beobachter“ verboten.

1 München, 22. März.

Der „Völkische Beobachter“ ist von der Polizeidirektion München ab Dienstag, den 22. März, bis einschließlich Samstag, den 26. März verboten worden. Anlaß zu dem Verbot gaben neun Stellen aus den Erklärungen und Aufrufen ADOLF HITLERS zur Polizeiaktion gegen die NSDAP in Preußen, die in den Nummern 79, 80 und 81 des genannten Blattes vom Samstag, Sonntag und Montag, enthalten waren.

hinunter. Auch hier ist die Brüstung ringsum schon von Dutzenden feuernder Schützen besetzt. Rhée preßt sich in eine Lücke. Schuß um Schuß kracht aus ihrem Gewehr. „Brüder, billig lassen wir unser Leben nicht!“

Die angreifenden Truppen haben schwere Arbeit. Das erste und zweite Stockwerk ist mit Gewehren gespickt. Unten die Ecksockel werden wütend verteidigt. Zwischen Turm und Truppen brüllt und rast die unbewaffnete Masse. Ihr bleibt nur die Flucht nach Westen noch offen, über den Pont-de-Jéna. Dorthin rollt die sinnlose Menschenlawine.

Rhées Herz ist frei von Furcht. Der Kampf hier oben ist aussichtslos. Aber sie wird für die Revolution sterben! Brandt rächen, der jetzt zweifellos niedergeknallt in einem Hofwinkel des Außenministeriums liegen mag. Mit jedem Schuß der ihrem Gewehrlauf entfährt, rächt sie Léon Brandt! Jeder Schuß trägt ihren Haß, ihren Willen in die Welt! Morgen werden die Arbeiter diktieren . . .!

Der Eiffelturm erbebt plötzlich unter Kanonenschlägen. Drüben am Rande des Champ de Mars, unweit der Ecole militaire, sind Geschütze aufgeföhren, um die Infanterie zu schonen. Granaten heulen. Das Eisengerüst klirrt, stöhnt in seinen Verstrebnungen. Stahl kämpft gegen Stahl.

Unten auf dem Champ de Mars schreit das Schlachtvieh zwischen Bergen Verdun und Zerstampfer. Der Kampf lärm strömt oben im Senderaum durch das Mikrophon in die Ohren Europas. Auf Tausenden von Kilometern erleben die anderen Nationen das blutige Geschehen, werden Zeugen eines heroischen Krieges, den Millionen Franzosen eröffnet haben gegen den Mord der Völker. Mordende und Gemordete. Erkennen die aufhorchenden Völker die furchtbare, uralte Schuld?

Eine neue Granatenlage schießt unter Feuerzungen aus den Mündungen der Geschütze. Der Boden schwankt und dröhnt wie nach einem Erdstoß. Ein Schenkel der Eisenkonstruktion, den eine Granate aufriß, knickt wie ein Strohalm ein, dicht oberhalb der zweiten Plattform. Das gewaltige Metallgerüst, das sich noch in zweihundert Meter Höhe darüber auftürmt, bäumt sich auf, zittert wie eine Fahne im Wind, zersprengt in seinem Gefüge . . .

„Es lebe die Revolution . . .!“ Rhée hängt mit ekstatisch verzerrtem Gesicht im Eisengestänge der ersten Plattform.

Berstand kippen die oberen Zweidrittel des eisernen Riesens. Krachend stürzen achtzigtausend Zentner Eisen als grauensvolle Leichendecke über Tausende zuckender Menschenherzen.

Der Stumpf des Eiffelturms überragt das Inferno. Rhée weiß nicht, wie sie von der ersten Plattform über die Treppen auf die Erde heruntergespült worden ist. Sie fühlt nur, daß sie jetzt mitgerissen wird von der höllenhafte Woge, die flüchtend gegen die Seinebrücke wälzt, den nachsetzenden Tod im Nacken . . .

XXIII

Am Nachmittag dieses Tages haben dem Duce die Schweißtropfen auf der Stirn gestanden. Seine Nerven, mochten sie auch Stahltrassen sein, begannen aufzumucken gegen die zugemutete Ueberreizung. Das unheimliche Spiel ging der entscheidenden Phase entgegen. Zwar, Capponi vertraute auf seinen Stern, auf seine bessere Rechenkunst. Was aus dem Aufwand der letzten Tage herausspringen mußte, war ihm klar: der materielle und seelische Einsatz plus Albanien plus Prestige-Steigerung Italiens. Vor allem aber: Einbruch in die französische Vormachtstellung! Krieg? Lächerlich. Wer wollte Krieg führen in Paris? Vielleicht die streikenden Arbeiter? Ah, dieser wundervolle Brandt mit seinem Friedensfimmel! Ein Volk, das sich durch Sabotage den Krieg verbittet, ist für Capponi kein ernsthafter Gegner mehr. Und die andren Pariser Freunde waren kranke Leute. Der Duce wußte ziemlich genau, wie es in Europa aussah. Der Pole, von innerer Zersetzung bedroht, brauchte seine Soldaten gegen die Widersacher im Land. Ebenso lagen die Dinge in Rumänien. Die Tschechen hatten angstklappernde Zähne. Und im Osten marschierten russische Divisionen auf! Der russische Botschafter war am späten Nachmittag in dem Palazzo Venezia zitiert worden. „Wenn die Polen sich rühren, sind wir bereit“, hatte er feierlich versichert. Allerdings — dem Duce hatte diesmal der Russe nicht recht gefallen, er hatte in seinem Gesicht etwas Lauerndes gehabt. Aber das war zweifellos mehr eine Einbildung bei Capponi gewesen. Die Unkorei des deutschen Botschafters mochte schuld daran gewesen sein. Ah, diese Deutschen! Man konnte sich erbarmen ob ihrer Halbheit! . . .

(Fortsetzung folgt.)

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackeltreiter-Verlag, Berlin

(69. Fortsetzung.)

In Paris, in Marseille, Lille, Lyon, in allen Häfen und Industriezentren, in ganz Frankreich hat der Generalstreik eingesetzt! Regierungsviertel und alle Ministerien sind schon in unserer Hand. Mehrere Regimenter sind kampflös zu uns übergetreten. Der Sieg kann den französischen Arbeitern, Bauern und Gleichgesinnten nicht mehr entrissen werden! Noch wenige Stunden! — und ich, Léon Brandt, übernehme im Namen des arbeitenden Volkes die Regierung!

Brüder in allen Ländern! Die Fackeln der Revolution sind angezündet. Erwacht! Erwacht! Brüder in Deutschland und England, in Polen, Brüder in Italien! Kämpft! Russische Brüder, setzt eure heldenhaften Armeen in Marsch nach Westen! Wir ziehen euch nach Osten entgegen! Die vereinten Revolutionsheere werden über die Alpen vordringen, um den Herd fluchwürdiger Reaktion anzubrennen! Todfeindschaft dem Diktator Capponi! Ich, Léon Brandt, rufe euch! Deutsche helft! Russen brecht vor! Polen, öffnet eure Grenze im Osten! Italiener, werft Ketten ab! Ich grüße euch! Ich grüße das neue Europa . . .

Rasendes Gewehrfeuer rauscht aus der Tiefe herauf. Tausende vorwunderer Tiere — so klingt es — machen den Champ de Mars erbeben.

Rhée stürzt aus dem Senderaum auf die Plattform. Das Leuchttower auf der Spitze des Turmes schleudert taghelle Lichtbündel in blau-weiß-roten Farben und überstrahlt das Grauen, das sich auf der Erde vollzieht.

„Wir sitzen in der Mausefalle!“ schießt es durch Rhées Kopf. Im Aufzug saust sie mit ihrem Sturmtrupp zum zweiten Stock hinunter. Hier hängen schon etwa hundert Revolutionäre an der Brüstung und geben Schnellfeuer ab auf die Truppen, die von Norden, Osten und Süden gegen den Eiffelturm zum Angriff vorgehen.

„Kämpft, Brüder! Letzten Blutstropfen her!“ Rhée springt zurück in den Aufzug und fährt zum ersten Stockwerk

IGB und die Wirtschaftskrise.

Einzige Rettung: Umgestaltung der Wirtschaft.

H. Bern, 19. März.

Die gestrige Sitzung des Ausschusses des IGB war vor allem einer gründlichen Aussprache über die Weltwirtschaftslage gewidmet, an welcher sich die Genossen SCHORSCH (Oesterreich), MERTENS (Belgien), MACOUN (Tschechoslowakei), JOUHAUX (Frankreich), AUFHÄUSER und TARNOW (Deutschland) beteiligten. Das Ergebnis der Diskussion ist in der nachstehenden vom Referenten LEIPART formulierten Entschliebung niedergelegt.

Resolution zur Wirtschaftslage.

„Mehr als 25 Millionen Arbeitslose in der Welt sind der furchtbare Beweis für die Tatsache, daß der Kapitalismus nicht imstande ist, einen Ausweg aus der durch ihn verschuldeten Wirtschaftskrise zu finden.“

Produktion und Umsatz sind in nie dagewesenem Maße zusammengeschrumpft, Kreditkrise und Währungsverfall haben die ZerreiBung der weltwirtschaftlichen Bindungen beschleunigt. Zollkrieg herrscht an Stelle der notwendigen handelspolitischen Abrüstung, Protektionismus in all seinen Formen verschärft das Tempo der Wirtschaftsdrosselung.

Die Anarchie des kapitalistischen Systems endete im Chaos der Krise, deren politische Begleiterscheinungen die Freiheit der Arbeiterklasse bedrohen.

Im Namen seiner 14 Millionen Mitglieder und für die 25 Millionen Arbeitslosen in der Welt fordert der IGB, daß endlich die Folgerungen aus dem Versagen der kapitalistischen Wirtschaft gezogen werden und der Umbau der Wirtschaft erfolgt, ohne den es keinen Ausweg aus der Krise gibt.

Im Vordergrund der sofortigen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung muß *Arbeitsbeschaffung* für das Millionenheer der Erwerbslosen stehen. Der IGB verlangt mit allem Nachdruck, daß die vorhandenen Kreditmöglichkeiten nicht mehr für Rüstungszwecke und die Subventionierung fehrationalisierter und bankerotter Wirtschaftsbetriebe verschleudert, sondern zur Finanzierung großzügiger Arbeitsbeschaffung verwendet werden.

Gleichzeitig muß endlich die Konsequenz aus der Tatsache gezogen werden, daß die vorhandene Arbeit in der Welt nicht mehr ausreicht, um alle Arbeiter und Angestellten voll zu beschäftigen. Rationalisierung und Krise zwingen gebieterisch, die 40-Stunden- bzw. Fünf-Tage-Woche als Höchstdauer der Arbeitszeit in allen Betrieben und allen Ländern endlich gesetzlich durchzuführen.

Zugleich mit diesen unmittelbaren Maßnahmen zur Linderung der Krise muß damit begonnen werden, die Wirtschaft umzubauen. Die letzten Jahre lassen eindeutig erkennen, daß die Entwicklung in der Welt zur Formierung großer, in sich geschlossener Wirtschaftseinheiten führt. Besonders dringlich ist die Aufgabe, Europa als Wirtschaftseinheit zu organisieren, unbeschadet, ob und wann andere Teile der Welt sich zu planmäßiger Wirtschaftsführung zusammenfinden.

Diese großen Wirtschaftsgebiete dürfen nicht zu neuen Hochburgen für den Monopolkapitalismus werden. Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, sie mit ihrem ganzen Einfluß zu Planfeldern geregelter Produktion unter dem Gesichtspunkt der Bedarfsdeckung zu gestalten. Mit der Umformung der Gesamtwirtschaft, die das Gefüge der Welt neu entwickelt, muß daher die Erweiterung des Einflusses der öffentlichen Hand auf allen wichtigen Gebieten des Wirtschaftslebens parallel gehen.

Der IGB wiederholt eindringlich die wichtigsten internationalen Forderungen des Tages: Planmäßige Rohstoffgewinnung — planmäßige Güterverteilung — Planwirtschaft im Kreditwesen durch Vereinheitlichung des Notenbankwesens — Regelung des Geldwesens durch Schaffung einer internationalen Währungseinheit — schärfste Aufsicht über Banken und Börsen durch demokratische Kontrollämter — Brechung der kapitalistischen Monopolgewalten durch schärfste Monopolkontrolle.

Mehr als je ist es heute die Pflicht aller Arbeiterorganisationen, diese unbedingt notwendigen Forderungen im Interesse der internationalen Gesamtlösung solidarisch und ohne Rücksichtnahme auf die zeitweisen engeren Interessen eines einzelnen Landes mit allem Nachdruck zu verfechten.“

Eine Anregung MACOUN auf Durchführung einer internationalen Demonstration zu Gunsten der 40-Stunden-Woche soll in der Weise entsprochen werden, daß die angeschlossenen Landeszentralen gemäß einem vom IGB bereits im November letzten Jahres versandten Zirkular ihre Aktion zugunsten der Arbeitszeitverkürzung verstärken sollen.

Die Konferenz mit den nichtangeschlossenen Landeszentralen zur Beratung der Wirtschaftskrise und ihren Folgen soll nun definitiv am 16. und 17. April nächsthin in Genf stattfinden.

Wir fassen das Ergebnis der Beratungen des Internationalen Gewerkschaftsausschusses zusammen:

LEIPART forderte in seiner Rede:

1. Stabilisierung der Währungen,
2. gesetzliche Einführung der 40-Stunden- bzw. 5-Tage-Woche,
3. Erzwingung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms der öffentlichen Hand,
4. Umbau des kapitalistischen Wirtschaftssystems in der Richtung auf eine planmäßige öffentliche Wirtschaft.

Ueber die Frage der Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms hat LEIPART keine genauen Angaben gemacht. Ueber diesen Punkt wird in der obenabgedruckten Resolution das Entscheidende gesagt: die Arbeitsbeschaffung soll durch die Mittel finanziert werden, die bisher für Rüstungszwecke und für die Subventionierung fehrationalisierter und bankerotter Wirtschaftsbetriebe verschleudert wurden.

Eine andere Feststellung dieser Resolution ist sehr erfreulich: Es muß damit begonnen werden, die Wirtschaft umzubauen. Dieser Gedanke sollte bei allen Erwägungen über Arbeitsbeschaffung im Vordergrund stehen. Die Arbeitsbeschaffung darf nicht zu Gunsten bankerotter Wirtschaftsbetriebe durchgeführt werden, also nicht zu Gunsten der Schwerindustrie und der Großagrarien. Im Gegenteil: die Arbeitsbeschaffung aus öffentlichen Mitteln soll dazu dienen, die Wirtschaft umzubauen — darum empfehlen wir vor allem landwirtschaftliche Siedlung! — und den Wirtschaftsgang, der heute nahezu stillsteht, wieder anzukurbeln — darum empfehlen wir die Neu-Ingangbringung der Bauwirtschaft durch einen großzügig durchgeführten Kleinwohnungsbau zu Gunsten der Erwerbslosen.

In den Berner Sitzungen ist eine entscheidende Ursache der Weltwirtschaftskrise nicht mit der notwendigen Schärfe erwähnt worden: Die Hochhaltung der Preise durch Kartelle, Trusts und andere Verkaufsmonopole einerseits und durch Hochschutzzölle für Agrar- und Industrieprodukte andererseits. Gerade auf die Beseitigung dieser kapitalistischen Machtpositionen muß die Arbeiterschaft ihr Augenmerk richten. Denn zur Überwindung der Krise ist vor allem notwendig, daß die Massenkaufkraft gestärkt wird. Dazu ist aber erforderlich, daß die Einrichtungen zur Preishochhaltung abgebaut werden, damit die „Selbstheilungskräfte“ der Wirtschaft, von denen LEIPART gesprochen hat, wieder wirksam werden können.

Die Beratungen des Internationalen Gewerkschaftsausschusses in Bern bieten dem Krisen-Kongreß des ADGB gute Ansatzpunkte für seine Besprechungen. Aber von diesen Ansatzpunkten aus müssen noch weitere Konsequenzen gezogen werden, deren Richtung wir im Rahmen dieses Berichts nur ganz kurz andeuten konnten.

Schlichter im Bunde mit Unternehmern.

Aus der badischen Textilindustrie.

Dem „Vorwärts“ entnehmen wir folgende Darstellung über die Lohnverhältnisse und die Rolle des Schlichters in der badischen Textilindustrie:

„Die badischen Textilindustriellen vertreten seit Jahren den Standpunkt, die Textilarbeiterlöhne in Baden müßten um 2 Prozent niedriger liegen als in den übrigen deutschen Textilbezirken. Besonders hat es ihnen der nordbayerische Lohntarif angetan. Während der nordbayerische Syndikus jammert dem Schlichter vor, daß seine Löhne viel zu hoch seien, beruft sich der badische Syndikus auf Nordbayern. Der Landesschlichter für Südwestdeutschland, Dr. KIMMICH aus Karlsruhe, zeigt volles Verständnis für die Wünsche der Textilunternehmer in Baden. Er widerspricht den Angaben der Unternehmer nicht, daß der Landesschlichter ihnen schon im Januar versprochen habe, im April einen neuen wesentlichen Lohnabbau vorzunehmen.“

Darum hat der Schlichter auch am 18. Januar in einem Schiedsspruch, der die Tariflöhne auf den Stand vom Januar 1927 zurückstellte, die Laufdauer auf Ende März d. J. festgelegt. Der damalige Schiedsspruch sah einen Lohnabbau von 5,4 Prozent vor. Die Unternehmer haben sich aber an diesen 5,4 Prozent nur bei den Zeitlöhnern gehalten, während sie bei den Akkordarbeitern Abzüge bis zu 20 und 30 Prozent vorgenommen haben. Einem der größten Schreier im Kampfe um weiteren Lohnabbau wurde einwandfrei nachgewiesen, daß in seinem Betriebe die Löhne in der Spinnerei um 10, 11,4, 12,2, 14,8 und 17 Prozent und in der Weberei um 6,4 Prozent nach dem Schiedsspruch vom 18. Januar 1932 gekürzt worden sind.

Wenn die Gewerkschaftsvertreter in der Verhandlung betonten, daß jeder, der für weiteren Lohnabbau in Baden eintrete, einen Mangel an Verstand oder Gewissen verrate, so ist dies berechtigt, wenn man die wirklich gezahlten Löhne betrachtet. Vor uns liegen die Lohnlisten eines großen Textilbetriebes in Konstanz, wonach der Wochenverdienst der erwachsenen Akkordarbeiterinnen bei Kurzarbeit nach Abzug der Sozialbeiträge 3,95 Mark, 5,60 Mark beträgt, bis zum Höchstbetrage, der allerdings Einzelfall darstellt, 14,70 Mark.

Ohne Rücksicht auf diese Elendslöhne und jedenfalls gestützt auf die Versprechungen des Herrn Landesschlichters kündigten die Unternehmer den Lohntarif zu Ende März und verlangten eine nochmalige Kürzung der Tariflöhne um acht Prozent.

Nachdem die Parteiverhandlungen an dieser unsinnigen Forderung der Unternehmer gescheitert waren, fällt der Schlichter, wie die „Textil-Zeitung“ mitteilt, mit den Stimmen der Arbeitgeberbesitzer am 18. März folgenden Schiedsspruch:

„Das Lohnabkommen vom 18. Januar 1932 wird bis auf weiteres verlängert. Es ist mit dreiwöchiger Frist auf das Ende einer Kalenderwoche erstmalig auf den 7. Mai 1932 kündbar. Die Einspruchsfrist läuft bis Dienstag, den 22. März 1932, abends 6 Uhr.“

Der Schlichter ließ keinen Zweifel darüber, daß er die kurze Laufdauer deshalb gewählt habe, um entsprechend seiner Überzeugung, bald zu der neuen Lohnkürzung in der badischen Textilindustrie zu kommen.“

Urlaubsabkommen im Bergbau verlängert.

1 Essen, 21. März.

Am Montag fanden unter dem Vorsitz des Schlichters Verhandlungen über die Urlaubsfrage im Ruhrbergbau statt. Der Zechenverband hatte eine Reduzierung der Urlaubstage bzw. des Urlaubsgeldes auf die Hälfte verlangt unter Hinweis auf die schlechte Wirtschaftslage des Bergbaues und die zahlreichen Feiertage, die den Zweck des Urlaubs illusorisch machten. Von Gewerkschaftsseite wurde erwidert, daß der Bergbau durch eine Reduzierung des Urlaubs auch nicht zu retten sei. Im übrigen seien gerade im Ruhrbergbau die Selbstkosten um 35 Prozent gesunken. Der finanzielle Anteil des Urlaubs an der Gesamtlohnsomme sei außerordentlich gering.

Der Schlichter fällt einen Schiedsspruch, in dem das Urlaubsabkommen des vorigen Jahres um ein Jahr verlängert wird. Der im Jahre 1931 durch Schiedsspruch verfügte Wegfall eines Urlaubstages bleibt bei diesem neuen Schiedsspruch ebenfalls erhalten.

Wahlbrief aus der Provinz.

Die Hitlerei.

Die Polizei ist neutral und darum dürfen alle in der Wahlwoche aufmarschieren — auch die SS- und SA-Leute. Sie wollen nicht hinter den anderen zurückstehen und machen es deshalb zweimal in der Woche. Das erste Mal beteiligen sich einschließlich der Musikanten 900 Mann an dem Umgang, der von der Schupo sorglich behütet wird. Hundert Mann machen Musik mit vielen Kalbfellen. Für die Hitlerei stimmten hier 37.000 Menschen. Das Mißverhältnis der Zahl der Wähler und der Demonstranzziffer ist bedeutend größer als bei der „Eisernen Front“ und bei den Kommunisten. Am Freitag vor der Wahl wird das Schauspiel wiederholt, diesmal bedeutend länger. Sie führen Transparente „Wir wählen HITLER“ und die Wahlplakate mit im Zuge. Zur Hebung des Mutes und zu einem letzten Wahlappell wandert der Zug diesmal besonders in die Wohnviertel der Beamten und der anderen kleinen Spielbürger. Dort hat ADOLF am Sonntag auch fast überall mehr Stimmen als HINDENBURG erhalten. „Zwei Tage Massenversammlungen für HITLER“ kündigten manns hohe Plakate an. Freitag und Samstag war der größte Saalbau der Stadt für sie gemietet. Die Besucherziffern sind aber nicht an die der letzten Versammlung der „Eisernen Front“ herankommen. Sie sollen zur Saalfüllung auch viele SA-Leute aus der ländlichen Umgebung herangeholt haben, was auch bei der 900-Mann-Demonstration festzustellen war. Ueberhaupt war auffällig, daß die Rechtswähler in der Wahlwoche sehr versammlungsmüde waren. Begeisterung haben die Nazi-Umzüge bei ihrem Zuschauerpublikum nur stellenweise und auch nur sehr schwach ausgelöst.

Revolutionäre Mobilisierung.

Ich habe die Demonstrationen der KP Anhängerschaft nicht gesehen. Aber sie sollen größer als die der SS und SA gewesen sein. 4000 Teilnehmer haben die Kommunisten

„gezählt“. Im Saal sprach TORGLER (M. d. R.) zu 1500 Arbeitern. Er meinte, die SP sei nicht der größte Feind, der sei nach wie vor der Kapitalismus. Die SP sei nur seine Hauptstütze. Deshalb richte sich gegen sie die Hauptpropaganda der KP. Im zweiten Wahlgang wird THÄLMANN wieder aufgestellt! (Stürmischer Beifall!). Jede Thälmann-Stimme zeigt, daß der Betreffende gewillt ist, mit allen Mitteln den Faschismus abzuwehren und für den Sozialismus zu kämpfen. Verkünder eines utopischen Kinderglaubens!

Die Anderen.

Der „Stahlhelm“ machte 8 Tage vor der Wahl eine Versammlung mit einem ausgesprochen gegen die Deutsche Friedensgesellschaft gerichteten Hetzthema. Er hatte dabei einen nur zu einem Drittel gefüllten Saal und im Ganzen 300 Besucher. Ein kleiner Mißgriff: das Thema interessierte diesmal die Patrioten nicht! In einer späteren Versammlung, die von den Deutschnationalen mit vorbereitet war, brachten es die „Hästermänner“ auf etwa 1200 Versammlungsteilnehmer. Hier ließen sich als Kundgebungsredner vernehmen: General VON EINEM, republikanischer Pensionär und einst Kgl. preuß. Kriegsminister, MAHNKEN, der Stahlhelmführer von Rheinland-Westfalen und Freiherr v. MEDEM, Chefredakteur bei HUGENBERG. Der Kriegsminister a. D.: „Bei der Schupo muß jeder Hund seine Prüfung machen, aber der Regierungsrat hat das nicht nötig.“ Der Satz wurde wohl mit Rücksicht auf den jüngsten Regierungsrat der Republik, HITLER, dahin verbessert, daß ein Polizeipräsident gemeint sei. MAHNKEN: Wenn die auf DUESTERBERG entfallende Stimmzahl groß genug sei, könne man vielleicht erreichen, daß HINDENBURG im zweiten Wahlgang nicht mehr kandidiere. Der „Stahlhelm“ lehne das HITLER-System ab und wolle nicht die Partei zum Staat und den Staat zur diktatorisch beherrschten Partei machen. Von der von den NS gewollten „Unterbutterung“ aller anderen Gruppen müßte mindestens der „Stahlhelm“ und die DNVP ausgenommen sein. Zukunftsaufgabe: Verständigung

der nationalen Gruppen und Wiederherstellung ihrer Einheitsfront. Die Reden ließen erkennen, daß die Harzburger Einigkeit z. Zt. allenthalben stark erschüttert ist. Doch darauf können wir keinen Augenblick bauen. Diese Leute haben sich in ihrer Einheitsfront-Politik stets beweglicher und geschickter gezeigt, als die Einigkeitverfechter der großen Arbeiterparteien.

Die offizielle SP und ihr Vormund, das Zentrum, haben keine eigenen Versammlungen gemacht. Sie haben nur ihre Presse für den Wahlkampf benutzt. Außerdem diente ihnen der Staatsapparat in seiner diskreten „Objektivität“. Vereinzelt sah man junge SP-Genossen Flugblätter des Hindenburgausschusses verteilen. Sie kriegten rote Köpfe, wenn man sie nach der Bedeutung dieses sonderbaren Klassenkampfes fragte. Kein Wunder, bei anständigen Proletariern, wenn sie auf Befehl ihres Parteisekretärs Pamphlete verbrotten müßten, die mit dem Aufruf enden:

„Wer Zusammenfassung des ganzen Volkes zu einem großen nationalen Ziel,

der Wiedergeburt Deutschlands zu alter Größe will, kann seine Stimme nur dem Manne geben, der in sich die besten Traditionen des deutschen Volkes verkörpert.“

Neuer Ballon-Höhenflug.

a Halle, 19. März.

Der Ballon „Ernst Brandenburg“ ist heute früh um 9:09 Uhr in Bitterfeld zu seiner zweiten wissenschaftlichen Höhenfahrt gestartet. Führer des Ballons ist wiederum SCHÜRZE-Bitterfeld, wissenschaftlicher Begleiter der Berliner Meteorologe SUCKSDORFF.

„Ernst Brandenburg“ ist am Nachmittag 16 Uhr in Feldberg in der Tschechoslowakei, dicht an der niederösterreichischen Grenze, glatt gelandet. Er hat eine Höhe von 8500 Metern erreicht und die erwarteten wissenschaftlichen Ergebnisse gebracht.

Organisatorisches zu den Wahlen. Stimmlisten einsehen!

h Berlin, 19. März.

Der Reichsminister des Innern hat mit Rücksicht darauf, daß in Preußen, Bayern, Württemberg und Anhalt am 24. April Landtagswahlen stattfinden, mit den Regierungen dieser Länder vereinbart, daß die Stimmlisten gemeinsam für die beiden Wahlen (Landtag und Reichspräsident) vom 30. März bis 3. April zur Einsicht ausgelegt werden. In allen anderen Ländern beschränkt sich die Auslegung für die Reichspräsidentenwahl auf zwei Tage, nämlich Sonnabend, den 2., und Sonntag, den 3. April.

Beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl gilt dieselbe Abstimmungszeit wie beim ersten Wahlgang, also 9 Uhr vormittags bis 18 Uhr (6 Uhr nachmittags).

Wähler, die nach Beendigung der Auslegung der Stimmlisten aus ihrem bisherigen Stimmbezirk wegziehen, können noch nach Ablauf der Auslegung sich in der Stimmliste des Stimmbezirks ihrer neuen Wohnung nachtragen lassen.

Der preußische Innenminister hat bestimmt, daß Seeleute ihr Wahlrecht vom Tage vor dem Wahltag bis zum siebenten Tage nach diesem ausüben können.

Oldenburgischer Volksentscheid.

o Oldenburg, 19. März.

Mit Rücksicht auf den zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 10. April wurde der Tag für den Volksentscheid in Oldenburg vom 10. April auf den 17. April verschoben.

Warum einfach, wenn's auch kompliziert geht.

KPD-O-Minderheit geht zur SAP.

Wie die Presse der SAP mitteilt, hat die KPD-O-Minderheit auf einer Konferenz ihren Uebertritt zur SAP beschlossen. Sie hält jedoch an ihrem Ziel: Reform der Kommunistischen Internationale, fest, glaubt aber, daß die SAP den Weg zu diesem Ziele frei machen wird.

Die Uebertrittserklärung ist unterschrieben unter anderem von ENDERLE, FRANK, FRÖLICH, WALCHER und WOLFSTEIN.

Liga für Menschenrechte tagt. NS-Bilanz: alle 12 Tage 1 Mord und 52 Verletzte. Groener paktiert. Neuer Vorstand.

h Berlin, 21. März.

Die Deutsche Liga für Menschenrechte hat in ihrer Jahresversammlung eine Entschließung angenommen, in der die Öffentlichkeit auf das terroristische Vorgehen der NSDAP und ihrer Wehrglieder hingewiesen wird. Allein in den letzten zwei Jahren seien von Nationalsozialisten 1480 Gewalttaten mit 62 Toten und etwa 3200 Schwer- und Leichtverletzten begangen worden. Die laue Haltung GROENERS, die einem Paktieren mit den staatsfeindlichen Verbänden gleichkomme, müsse die Liga auf das schärfste verurteilen; dagegen begrüße sie jedes energische Vorgehen gegen den Terror der NS.

Die Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: Dr. OSCAR COHN, HELMUTH VON GERLACH, Professor E. J. GUMBEL, Polizeioberst a. D. HANS LANGE, Dr. WALTER LEVINTHAL, Oberstudienrat Dr. SIEGFRIED KAWERAU, OTTO LEHMANN-REUSSOLDT, Dr. RUDOLF OIDEN, CARL VON OSSIETZKI, ERNST TOLLER, Graf EMIL WEDEL, Frau ADELE SCHREIBER-KRIEGER.

Severing bei Brüning.

h Berlin, 21. März.

Der preußische Innenminister SEVERING hat am Montag den Reichkanzler BRÜNING aufgesucht. Ueber die Bedeutung des beschlagnahmten Materials ist amtlich noch nichts mitgeteilt worden.

Revision im Schultheiß-Prozeß.

h Berlin, 21. März.

Im SCHULTHEISS-PATZENHOFER-Prozeß hat die Staatsanwaltschaft in vollem Umfange gegen das Urteil der Dritten Großen Strafkammer beim Landgericht I Revision eingelegt. Die Revision umfaßt das Urteil gegen sämtliche fünf angeklagten Generaldirektoren.

Osterfrieden.

Braunschweig klagt gegen die Notverordnung.

Das braunschweigische Staatsministerium hat bei dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Verwaltungsklage erhoben und beantragt, die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des inneren Friedens vom 17. dieses Monats aufzuheben, evtl. ihre Gültigkeit auf die Zeit vom 20. bis 28. dieses Monats zu beschränken.

In der Begründung wird gesagt: Eine erhebliche Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung würde nicht eintreten, wenn die Verordnung nicht erlassen wäre.

Unternehmer im Osterfrieden.

1 München, 21. März.

Die Reichsregierung hat dem bayerischen Industriellenverband mitgeteilt, daß die für den 23. März angesetzte Kundgebung der bayerischen Industrie in München als eine politische Veranstaltung anzusehen sei und deshalb unter die Verordnung über den Osterfrieden falle. Der Reichswirtschaftsminister hat seine Zusage zur Teilnahme zurückgezogen. Die Kundgebung findet nun am 15. April statt.

Aus der Ordnungszelle.

Was die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefährdet!

H. L. Im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtags berichtete am 17. März der Abgeordnete SCHWARZ (Bayerische Volkspartei) über NS-Versammlungen in Unterfranken. Auf der einen Seite habe der Redner geschildert, wie im „Dritten Reich“ mit den Juden verfahren werde. Sie müssen sich selber das Grab schaufeln und sich hineinsetzen. Dann würde ihnen mit dem Spaten der Kopf entzwei geschlagen. „Erdo darauf, fertig, Schluß! Der nächste, bitte!“ Der in der Versammlung anwesende Polizeireferent des Bezirksamts Bad Kissingen habe sich diese Rohheiten angehört, ohne ein Wort dagegen einzuwenden.

Auf einer anderen NS-Versammlung erschien der Polizeireferent — mit dem Hakenkreuz auf der Brust. Er beteiligte sich an der Debatte. Politische Gegner machten Zwischenrufe. Die Versammlung wurde unruhig. Da legte der Beamte sein Hakenkreuz ab, ging aufs Podium und gebot den Gegnern Schweigen. Er sei jetzt Polizeichef, der für Ruhe und Ordnung zu sorgen habe.

130 Uniformierte NS verhaftet.

Der Polizeipräsident teilt mit: „Am Sonntag vormittag wurde in einem Hause in der Mühlenstraße in Gladbach der SS-Sturm in dem Augenblick überrascht, als er in verbotenen Uniformen versammelt war. Von Gladbach-Rheydt und der ganzen näheren und weiteren Umgebung waren die Mitglieder dem ausdrücklichen Befehl des Sturmführers, „im verbotenen Anzug“ zu erscheinen, gefolgt. Trotz der hohen Strafe, die die vierte Notverordnung des Reichspräsidenten vorsieht (einen Monat Gefängnis Mindeststrafe), waren etwa 130 Personen erschienen. Sie wurden festgenommen und dem Polizeipräsidium zugeführt. Wegen der großen Anzahl der Festgenommenen war ihre sofortige Vorführung vor dem Richter nicht möglich. Sie wurden deshalb nach Feststellung der Personalien vorläufig entlassen. Die Räume in der Mühlenstraße wurden polizeilich geschlossen.“

Pommerscher Provinzialhaushalt.

Parlament lehnt ab. Staatskommissar greift ein.

o Stettin, 21. März.

Der Pommersche Provinziallandtag hat den Haushalt der Provinz, der einen Fehlbetrag von rund 500.000 M aufgewiesen hätte, mit 27 zu 36 Stimmen abgelehnt. Gegen den Haushalt stimmten Kommunisten, Deutschnationale und Nationalsozialisten.

Nach der Verkündung dieses Ergebnisses erklärte der Staatskommissar, Oberpräsident VON HAFFERN, daß er nun als Staatskommissar die notwendigen Maßnahmen ergreifen würde, um den Haushalt für die Provinz aufzustellen.

Der Damm nach Rügen.

o Stettin, 18. März.

Der Pommersche Provinziallandtag nahm die Vorlage über den Bau des Rügendamms an. Danach übernimmt die Provinz, die Stadt Stralsund und der Kreis Rügen im Verhältnis von 3:1:1 die Ausführung des Straßendamms. Außerdem werden in die Haushalte von 1932 bis 1934 je 500.000 Mark für den Straßendamm von Stralsund nach Rügen eingesetzt.

Lohnkürzung in der holländischen Kohlenindustrie.

o Amsterdam, 21. März.

Im Lohnstreit in der holländischen Kohlenindustrie, der durch die Forderung der Arbeitgeber nach zehnprozentiger Lohnkürzung entstanden war, hatte der römisch-katholische Verband der Bergarbeiter bekanntlich einen Gegenvorschlag unterbreitet, der eine Kürzung der Löhne um 5 Prozent ab 1. April, und um weitere 5 Prozent ab 1. Juli vorsah. Dieser Vorschlag ist sowohl von den Arbeitgebern als auch neuerdings von der christlichen sowie der freien Bergarbeitergewerkschaft angenommen worden.

Rundfunksendungen,

die wir zur Beachtung empfehlen.

Mittwoch, den 23. März.

Königsberg:

18.30 Prof. BUERGERS: Was bedeutet die Entdeckung des Tuberkelbazillus für die Menschheit?

Königswusterhausen:

19.00 Dr. E. WELTER: Ende des Kapitalismus?

Langenberg:

18.40 Dr. A. SCHWAB: Kritik an der Stadtrandsiedlung.

19.30 Dr. G. WOLFF: Westdeutsche Montanabschlüsse im Zeichen der Krise.

München:

15.25 Jos. PONTEN: In deutschen Dörfern an der Wolga.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ... ab zum Preise von monatlich ...

Name ... Ort ...

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsgesellschaft GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5949. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 29/29.

ISK

7. JAHRGANG 8. HEFT MÄRZ 1932

INHALT:

ALEXIS BARANOFF:

Wohin treibt China?

FRITZ GROB:

Für die Einheitsfront!

Zum Nachdenken:

Selbsterkenntnis — oder Konkurrenzfeld?
Konfessions-Statistik.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes
Preis monatlich 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt z. B., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Sprechapparate

Koffer □ Schatullen □ Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothhauer

Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hambu g 24, Papenhuderstr. 9
Telephon 255 42

MAGDEBURG

Herren- und Damenkleidung
nach Maß gefertigt, sauber und billig
RUDOLF SCHÜNHUT
Magdeburg, Otto von Guerickestr. 104, H. r. 1
Gründungs- u. reiches Auswahl, 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

Getrocknete Bananen

sind nahrhaft und billig, als Brothelb und zum Obst für jung und alt zu verwenden.

Postpakchen
4 Pfd. brutto nur 3 Mark frei Haus nach allen Orten.

Vorauszahlung auf Postscheck-Konto Magdeburg 17924 erbeten.

Frischkost Reformhaus
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Euro Zeitung!

Wird Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Eink. von unsere Inserenten!

Sehen erschien:

ZUR JUGENDWEIHE

Leinwandkassette Preis: 2,25 Mark

Diese geschmackvoll ausgestattete Kassette, die sich vor allem als Jugendweih-Geschenk sehr gut eignet, enthält folgende Schriften:

● Minna Specht: Vom Sinn der Jugendweih • Leonard Nelson:

● Nachbarn und besonders proletarische Bildungssache • Minna:

● Specht: HERMANN WETZ Gedächtnisrede • Hellmuth:

● Falkenfeld: Philosophen für und wider die Revolution

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a

Tardieu vor dem französischen Ministerrat.

Kammerwahlen erst nach Preußenwahlen.

k Paris, 21. März.

Nach dem Ministerrat, der am Montag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik stattfand, wurde folgende amtliche Verlautbarung herausgegeben:

„Ministerpräsident TARDIEU hat einen Bericht über die außenpolitische Lage gegeben und seinen Kollegen Rechenschaft über die Haltung der französischen Abordnung in Genf abgelegt. Der Ministerpräsident erklärte, daß nach dem Wiederzusammentritt der Konferenz am 11. April die Aussprache über den französischen Vorschlag vom 5. Februar sofort in Angriff genommen werden soll. Die französischen Anforderungen seien in diesem Sinne von der Konferenz einstimmig angenommen worden. Ferner gab der Ministerpräsident Erklärungen über den Stand der Verhandlungen in der Frage des wirtschaftlichen Donaublockens ab. Er unterrichtete den Ministerrat schließlich über die Handelsvertragsverhandlungen, die Frankreich zur Zeit mit verschiedenen Mächten führt.“

Wie es heißt, hat TARDIEU ferner geäußert, daß die französischen Kammerwahlen tatsächlich nicht im April, sondern erst im Mai, nach den Preußenwahlen, stattfinden würden.

Blum zum Donaubund-Plan.

k Paris, 22. März.

Der Sozialistenführer LEON BLUM befaßt sich in seinem Blatt, dem „Populaire“, noch einmal mit der Frage der Schaffung eines Donaublocks und ironisiert in diesem Zusammenhang die großzügigen Ankündigungen der reaktionären französischen Presse, in denen man der Öffentlichkeit habe glauben machen wollen, also ob die Frage bereits gelöst sei, und als ob alle interessierten Mächte bereits ihre Zustimmung erteilt hätten. LEON BLUM unterstreicht, daß man gerade dasjenige Land außer acht gelassen habe, ohne dessen Mitarbeit eine Organisation der mitteleuropäischen Staaten keine Aussicht auf Erfolg habe. Die Einbeziehung Deutschlands in einen derartigen Wirtschaftsblock sei in dem ursprünglichen von dem jetzigen französischen Botschafter in Berlin, FRANCOIS PONCET, vorgesehenen Plan eingeschlossen gewesen.

Eine Einigung in der Frage des Donaublocks sei bisher nur zwischen England und Frankreich erzielt worden. LEON BLUM glaubt sogar aus sicherer Quelle zu wissen, daß eigentlich der englische Außenminister SIMON den Plan bei TARDIEU angeregt habe. Er sei es ferner gewesen, der den französischen Ministerpräsidenten in Genf aufgefordert habe, nach der von Budapest ausgehenden Anregung die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Die englische Regierung habe es für richtig gehalten, selbst noch im Hintergrund zu bleiben. Wenn man die englische Haltung jedoch genauer beobachte, so sei man zu sehr ernsten Überlegungen gezwungen. Der Hauptkundo Englands in Mitteleuropa sei Ungarn. England habe demnach nichts weiter getan, als die von Budapest ausgehende Intrige zu sanktionieren. Solange aber in Ungarn eine Regierung BETHLEN und KAROLYI bestehe, die als Vasall des faschistischen Italien anzusehen sei, müsse man allen von dort ausgehenden Anregungen mit größter Vorsicht gegenüberstehen.

Freiwilliger Arbeitsdienst. Und die Gewerkschaften?

Von Maria Hodann.

Jeder sechste Arbeitslose des Millionenheeres von Arbeitslosen in Deutschland ist ein junger Mensch unter 21 Jahren. Gerade in dieser Gruppe der Arbeitslosen herrscht ein ungeheures Elend. Hunderttausende junger Menschen wachsen auf, ohne etwas zu lernen, ohne überhaupt geregelte Berufsausbildung zu erhalten; oder sie lernen etwas und legen dann, kaum daß sie ausgebildet haben, oft schon vorher, auf der Straße, ohne Aussicht, ihren Beruf in absehbarer Zeit auszuüben oder eine andere Arbeit zu finden. Hoffnungslos klingt die heute immer wieder gehörte Antwort auf die Frage: Was willst du werden? „Ach, es ist alles gleich, alles ist ja überfüllt!“ Das Stempelngehen, das Herumstehen auf den Straßen, das Herumsitzen zu Hause, das Warten ohne Aussicht und ohne Sinn, die unerträgliche Abhängigkeit von den Eltern, all das, nun oft schon jahrelang ertragen, zermürbt die jungen Menschen. Wer nicht einen besonders festen Halt, etwa in einer Organisation von Gleichgesinnten, in der Mitarbeit an einer gemeinsamen Aufgabe findet, der verbummelt, wird haltlos; seine besten Kräfte, die sich in dieser Zeit gerade entfalten sollten, verkümmern. Kein Wunder! Denn das, was einen Menschen allein vor diesen Folgen einer lang andauernden Arbeitslosigkeit bewahren kann, nämlich eine feste, durch Lebenserfahrung erhaltene Weltanschauung, fehlt der Jugend meist. Eine furchtbare Anklage gegen das herrschende System ist diese junge Generation, die um ihre gesunde Entwicklung betrogen wird. Diese Anklage muß uns besonders anspornen in unserem Kampf um eine gerechtere Ordnung, um eine Wirtschaftsordnung ohne Krisen und Massenarbeitslosigkeit, ohne Massenelend junger Menschen. Sie zeigt, daß die Forderung nach Arbeitsbeschaffung eine der dringendsten Tagesforderungen ist.

Aber was können wir tun, um der heute erwerbslosen Jugend unmittelbar zu helfen, damit sie diese Zeit der Krise übersteht? Diese Frage veranlaßt mich, Stellung zu nehmen zum „freiwilligen Arbeitsdienst“, der offiziell seit dem 1. August 1931 besteht.

Worum handelt es sich hierbei? Die Notverordnung vom 5. Juni 1931 hat den freiwilligen Arbeitsdienst eingeführt; über dessen Ziel sagt der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in den Ausführungsbestimmungen: er soll es Arbeitslosen, insbesondere solchen jugendlichen Alters, ermöglichen, ihre brachliegende Arbeitskraft — ohne Eingehung eines Arbeitsverhältnisses — freiwillig in selbstgewählter ernsthafter Gemeinschaftsarbeit unter sachkundiger Leitung in nützlichen Arbeiten, die sonst nicht in Angriff genommen würden, zu betätigen und aus der Arbeit selber, sowie durch nebenhergehende Bildungsmaßnahmen körperliche und geistige Schulung zu empfangen. Gegen diesen Zweck selber läßt sich zunächst kaum etwas einwenden.

Was sind aber „nützliche Arbeiten, die sonst nicht in Angriff genommen würden“? Im Gesetz wird verlangt, daß

Hilfe für die Donaustaaten.

Auch die deutschen Pläne, den Donaustaaten wirtschaftlich zu helfen, stoßen bei ihrer Durchführung auf den Widerspruch anderer Staaten. Zur Zeit wird über Vorzugszollabmachungen verhandelt, die die deutsche Regierung Ungarn und Rumänien gewähren will. Die Pläne brauchen die Zustimmung einer Reihe von Mächten, mit denen Deutschland Meistbegünstigungsverträge abgeschlossen hat. Indien und Argentinien weigern sich vorläufig, diese Zustimmung zu geben.

Rumänien selber äußert sich dem Angebot gegenüber unklar und zurückhaltend, offenbar um der Entscheidung über den TARDIEU-Plan nicht vorzugreifen.

Tagung der Internationalen Handelskammer.

Die Internationale Handelskammer hat die Präsidenten der folgenden Landesgruppen zu einer Besprechung nach Innsbruck eingeladen: Deutschland, England, Frankreich, Italien, Südslawien, Oesterreich, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn. Ferner sind, da eine Landesgruppe der Kammer in Bulgarien nicht besteht, die bulgarischen Handelskammern eingeladen, Vertreter zu entsenden. Die Sitzung findet vom 16. bis zum 23. April statt. Sie soll Gelegenheit zu einer Aussprache über die Lage in den Donauländern und zur Vereinbarung von Vorschlägen für eine gegenseitige wirtschaftliche Annäherung geben.

Estnische Regierung gegen ausländische Arbeiter.

Finnland droht mit Gegenmaßnahmen.

1 Reval, 21. März.

In diesen Tagen tritt ein Gesetz in Kraft, das jede Arbeit von Ausländern in Estland von einer Genehmigung des estländischen Innenministers abhängig macht. Alle ausländischen Staatsangehörigen, soweit sie nicht selber Unternehmer sind, müssen binnen kurzer Frist um eine Arbeiterlaubnis nachsuchen. Das bezieht sich nicht nur auf bezahlte, sondern auch auf unbezahlte Arbeit. Die Entscheidung des Innenministers ist endgültig. Ein Verstoß gegen dieses Gesetz wird mit hohen Geldstrafen und mit Ausweisung geahndet. Wie verlautet, will die estnische Regierung bei der Handhabung dieses Gesetzes einen Druck auf solche Staaten ausüben, in denen estländischen Bürgern die Arbeiterlaubnis bereits entzogen worden ist. Es heißt, daß Finnland im Falle einer rücksichtslosen Anwendung gegen in Estland lebende finnische Bürger scharfe Gegenmaßnahmen anzuwenden gedenkt.

Chile stellt Zahlung ein.

Chile hat bereits die Zahlung aller ausländischen Schulden eingestellt, obwohl das einschlägige Gesetz erst im Verlauf dieser Woche zur Erörterung kommen und voraussichtlich auch angenommen werden wird.

Achtung Postbezieher!

In diesen Tagen muß das Post-Abonnement auf den „Funken“ erneuert werden. Nach dem 23. März erhebt die Post für den Bezug im kommenden Monat Verspätungsgebühren. — Das Abonnement kostet monatlich 2 M, zusätzlich 36 Pf. Bestellgeld.

sie „zusätzlich“ sind, d. h. ihre Finanzierung und Durchführung als Arbeit mit regulären Arbeitsbedingungen (auch als Notstandsarbeit) muß ausgeschlossen sein. Sie sollen ferner „gemeinnützig“ sein. Der Vorsitzende des zuständigen Landesamts entscheidet darüber, ob diese Bedingungen erfüllt sind. Die bisher als freiwilliger Arbeitsdienst durchgeführten Arbeiten — bisher wurden etwa 1000 Maßnahmen bewilligt, womit rund 30 000 Menschen insgesamt für je 20 Wochen erfaßt sind — betrafen vorwiegend Meliorationsarbeiten, Vorbereitung ländlicher Siedlungen, Verkehrsverbesserungen, Anlage von Spiel- und Sportplätzen, bessere Ausnutzung von Hilfsleistungen an Bedürftige, z. B. im Rahmen der „Winterhilfe“. „Träger der Arbeit“ sind nur öffentlich-rechtliche Körperschaften und gemeinnützige Verbände. Evangelische und katholische Verbände, „Stahlhelm“ und Nazis, Landesausschüsse für Jugendpflege und freie Volksbildungsvereine haben als „Träger des Dienstes“ die Arbeitswilligen gestellt. Von der Reichsanstalt wird ein Satz von 2 Mark pro Tag zur Verfügung gestellt.

Die linken Arbeiterorganisationen, insbesondere auch die freien Gewerkschaften, haben sich bisher abwartend verhalten. Soweit ich weiß, haben sie sich offiziell nirgends beteiligt. Ihre Presse bringt kaum etwas darüber. Eine völlige Ablehnung seitens der Gewerkschaften ist aber auch nicht erfolgt. Sollten nicht die Gewerkschaften hier zugreifen, um mit staatlicher Hilfe für ihre arbeitswilligen erwerbslosen jungen Mitglieder etwas zu unternehmen? Sicherlich würden sich genügend junge Menschen dazu bereit finden, denen ihre trostlose Lage zu Hause unerträglich ist, besonders die vielen, die sonst von jeder Unterstützung ausgeschlossen sind. Der „Vorwärts“ veröffentlichte am 14. Februar die Zuschrift eines jungen Erwerbslosen, die wohl die Stimmung vieler wiedergibt: Wenn die Gewerkschaften die Sache in die Hand nehmen . . . wenn es wirklich gemeinnützige Unternehmen sind . . . wenn kein Mißbrauch getrieben wird, dann ja! Dann uns jungen Menschen könnte wenigstens etwas über unsere Not hinweggeholfen werden. Sicherlich lassen sich auch Arbeiten finden, die gerade der Arbeiterschaft zugute kämen, z. B. Ausbau von Jugendheimen, Einrichtung von Küchen für Erwerbslose. Die Art und die Ausgestaltung der Arbeit hängt im wesentlichen von der beteiligten Organisation ab.

Aber gegen eine Beteiligung der Gewerkschaften lassen sich eine Reihe ernster Bedenken erheben. (Sie werden z. B. im „Jugendführer“ Nr. 6, 1931, herausgegeben vom ADGB, erörtert.)

1. Es ist nur schwer möglich (wie sich schon bisher bei den Notstandsarbeiten gezeigt hat) genügend wirklich „zusätzliche“ Arbeiten zu finden, durch die also nicht der Arbeitsmarkt zahlreicher Berufsgruppen doch gestört wird, durch die nicht anderen Menschen Arbeitsgelegenheiten entzogen werden. Besonders gilt dies, wenn der Bereich des freiwilligen Arbeitsdienstes weiter ausgedehnt wird.

2. Die Gefahr einer Unterhöhlung der Tarife, der Heranbildung eines arbeitsrechtlich Außenseitertums ist vorhanden, gerade wenn die Arbeitsgebiete nicht deutlich außerhalb der Erwerbsgebiete liegen.

Zur Nachahmung empfohlen.

Ein Arbeiter-Kino.

In Breslau fanden seit dem Jahre 1924 im Gewerkschaftshaus Vorführungen wertvoller Spiel- und Kulturfilme statt. Der Erfolg dieser Vorstellungen ermöglichte es den Breslauer Arbeitern, ein eigenes, neues Kino zu bauen. Unter dem Titel „Proleten“ wurde dieses Arbeiterkino, das nur künstlerisch hochwertige und politisch einwandfreie Tonfilme zur Aufführung bringt, dieser Tage eröffnet. Das neue Kino hat 560 Sitzplätze. Es finden täglich drei Vorstellungen statt. Auch die Breslauer Volksbühne hat ein eigenes Kino in Betrieb genommen, das Filme aufführen wird, für die sich im Spielplan des Geschäftskinos kein Platz findet, also die französischen Avantgardefilme, die künstlerischen Spitzenleistungen und die experimentellen Filme der deutschen und russischen Produktion.

Der ZdA im Jahre 1931.

E. Br. Der soeben erschienene Tätigkeitsbericht des Zentralverbandes der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, für das Jahr 1931 enthält einige interessante Mitteilungen über den Stand und die Arbeit der Organisation.

Trotz der Verschärfung der wirtschaftlichen Lage verließen nur 2,4 Prozent der Mitglieder ihre Organisation, und dieser Abgang rekrutierte sich nur aus Neuaufnahmen.

Die Arbeitslosigkeit der Mitglieder nahm von Monat zu Monat zu, so daß die Zahl der erwerbslosen Z. d. A.-Mitglieder auf 17 1/2 Prozent stieg. An 3752 Mitglieder wurde eine Stellenunterstützung im Betrage von 220 784 Mark gezahlt. Die Gesamtsumme der in Berlin ausgezahlten Unterstützungen von rund 279 000 Mark stellt den vierten Teil der gesamten Beitragseinnahmen dar. Trotz der großen finanziellen Anforderungen, die durch die Krise an die Gewerkschaftskasse gestellt wurden, war es möglich, den Kampffonds um etwa 18 500 Mark zu erhöhen.

Mit der Steigerung der Wirtschaftskrise ging eine steigende Beanspruchung der Rechtsschutzabteilung des Verbandes Hand in Hand. Zu den aus dem Jahre 1930 übernommenen Klagen (214), kamen im Jahre 1931 1403 neue Klagen. 1147 Klagen wurden erledigt, und zwar durch 780 Vergleiche, durch die 93 000 Mark, 305 Wiedereinstellungen und 56 Zeugnisse erstritten wurden. In 281 Streitfällen wurde durch Urteil entschieden; davon wurden 66 Klagen abgewiesen. Die übrigen Fälle brachten einen Erfolg von 52 755 Mark und 6 Urteile über Zeugnisse.

An der von dem Verband durchgeführten beruflichen Bildungsarbeit waren 1661 Kollegen und Kolleginnen beteiligt, 1/2 der Teilnehmer war arbeitslos. Ein besonders starkes Interesse brachten die Mitglieder den arbeitsrechtlichen Aussprache-Abenden entgegen.

Der Verband ist bemüht, die Verbindung mit den arbeitslosen Mitgliedern enger zu gestalten. Seit dem Herbst 1931 finden in 12 Stadtteilen Berlins wöchentlich Zusammenkünfte der arbeitslosen Mitglieder statt. Bisher fanden sich aber von den etwa 6000 erwerbslosen Kollegen nur etwa 400 zu diesen Veranstaltungen ein. Es ist auch mehr als fraglich, ob die Form dieser Veranstaltungen: Gesellschaftsspiele bei Kaffee und Kuchen, dazu ausreichen, die Verbundenheit der erwerbslosen Kollegen mit ihrer Gewerkschaft zu sichern.

3. Die Gefahr besteht, daß bei der Auswahl der „Träger der Arbeit“ einseitig verfahren wird (z. B. daß rechtsstehende Wehrverbände wie der „Stahlhelm“ bevorzugt werden) und damit die Gefahr politischen, vor allem nationalistischen Mißbrauchs.

4. Es könnte durch den jetzt allerdings freiwilligen Arbeitsdienst die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht (wie die Nazis sie etwa planen) vorbereitet werden, wogegen sich die Gewerkschaften, wie alle sozialistischen Organisationen unbedingt wenden müssen.

Alle diese Bedenken können nicht ohne weiteres entkräftet werden und verdienen ernste Beachtung. Aber trotzdem sollten die Gewerkschaften sich beteiligen! Denn so wie die Dinge bisher liegen, haben sie auf die Auswahl und Durchführung der Arbeiten, an denen sie sich beteiligen würden, bestimmenden Einfluß. Zweifelhafteste Projekte brauchen sie nicht zu unterstützen, sondern können sie nach wie vor bekämpfen, ebenso wie jeden politischen Mißbrauch, z. B. zu militaristischen Zwecken.

Sie könnten aber andererseits diesen Arbeitsdienst — abgesehen davon, daß sie nützliche Einrichtungen fördern — zu einer guten Schulungsarbeit ihrer jungen Mitglieder benutzen, besonders da, wo er sich in geschlossenen Arbeitslagern durchführen läßt. Die gemeinsame praktische Arbeit und die gemeinsame Ausnutzung der Freizeit unter einer geeigneten Leitung bieten dazu bekanntlich bessere Möglichkeiten als ein nur theoretischer Schulungskursus. Gerade ein gründliches Wissen über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die Möglichkeiten zu ihrer Überwindung könnte hier vermittelt werden, was sicher im Interesse dieser Überwindung selber liegt.

Allzu groß sind die Möglichkeiten der Gewerkschaften, etwas für die Schulung der erwerbslosen Jugend zu tun, zum Teil schon aus Mangel an Mitteln, sonst nicht. Hier könnten nun zur Verfügung gestellte Reichsmittel ausgenutzt werden! Die Verbindung der Gewerkschaften zu den Erwerbslosen könnte dadurch festigt werden. Beteiligen sie sich nicht, so überlassen sie die hier vorhandene Einflußmöglichkeit vorwiegend anderen Gruppen, wie „Stahlhelm“ und konfessionellen Verbänden, von denen sie in weitestem Maße ausgenutzt werden wird. — wir wissen, in welchem Sinn. Die Gewerkschaften sollten das Feld hier nicht den anderen überlassen!

Eine Beteiligung gewerkschaftlicher Organisationen am freiwilligen Arbeitsdienst könnte also unter Umständen gerechtfertigt werden aus pädagogischen Gründen, im Interesse einer Art Notstandshilfe für die erwerbslose Jugend, und nur, wenn die Begrenzung auf diesen Zweck gesichert ist. Von der Illusion, als handele es sich bei dieser Arbeit um einen notwendigen „Dienst am Volk“, muß sie sich scharf abgrenzen; denn all solche Illusionen fördern den Nationalismus und damit den Faschismus. Der freiwillige Arbeitsdienst ist jedenfalls kein Mittel, die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Unser Ziel ist nicht „zusätzliche“ Arbeit gegen staatliche Unterstützung, sondern Einreihung aller, auch der jungen Menschen in den Produktionsprozeß. Darum den Kampf zu führen, bleibt die wichtigste Aufgabe. Was dazu zu tun ist, hat der „Funke“ wiederholt gezeigt.

Wann kommt die aktive Wirtschaftspolitik?

Der Krisenkongreß der Gewerkschaften wird sich zweifellos mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm befassen, das WOYTINSKY, TARNOW und BAADE im Februar auf der Ausschußsitzung des ADGB vertreten haben. Dem W. T. B.-Plan, wie er kurz genannt wird, liegen vor allem Untersuchungen von WOYTINSKY zugrunde. Dieser hat seine Überlegungen, mit der Anwendung auf die gegenwärtige deutsche Lage, im Januar-Heft der „Arbeit“ (der Monatsschrift des ADGB) kurz zusammengefaßt unter der Überschrift: „Wann kommt die aktive Wirtschaftspolitik?“

Wir wollen uns im Folgenden mit der dort dargestellten Ansicht WOYTINSKYS auseinandersetzen, soweit uns das für die Beurteilung des W. T. B.-Planes wichtig erscheint, den WOYTINSKY neuerdings in der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 11, vom 12. März, auseinandergesetzt hat.

Der Ausgangspunkt für die Erwägungen WOYTINSKYS ist:

Das Versagen des Markt-„Automatismus“.

Bei WOYTINSKY lautet die Überschrift etwas anders, nämlich: „Das Versagen des kapitalistischen Automatismus“. Er hat dabei — ebenso, wie wir bei Benutzung des Wortes Markt-„Automatismus“ — das Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem Markt im Auge, bei dem (unter sonst gleichen Umständen) Produzenten durch steigende Preise zur Ausdehnung der Produktion, durch sinkende Preise zur Einschränkung der Produktion veranlaßt werden.

WOYTINSKY meint, das freie Spiel der Kräfte führe notwendig zur Ausbeutung. Wir halten jedoch auch eine sozialistische, das heißt: von Ausbeutung freie Marktwirtschaft für möglich. Aber das steht hier nicht zur Diskussion. Benutzen wir daher zunächst ruhig die Bezeichnung „kapitalistischer Automatismus“, und hören wir, was WOYTINSKY über ihn sagt:

„Eines steht aber fest: Die gegenwärtige Krise verläuft anders als die früheren, der kapitalistische Automatismus ist nicht mehr imstande, die Störungen und Disproportionalitäten der Wirtschaft wie bisher auszugleichen.“

Das ist nicht eine, sondern das sind zwei Behauptungen, und von ihnen steht nur die erste fest! Die gegenwärtige Krise verläuft tatsächlich anders als die früheren. Aber warum? Doch gerade, weil der kapitalistische Automatismus künstlich lahmgelegt ist durch eine ganze Kette von Eingriffen (durch Zölle und andere Subventionen und Zwangseingriffe aller Art). Wer nicht völlig verrannt in den Gedanken ist, jeder Staatseingriff, jede planwirtschaftliche Regelung sei ein Schritt zum Sozialismus, den muß — so sollte man meinen — die Erfahrung dieser Jahre darüber belehren, daß es gerade die planwirtschaftlichen Eingriffe der kapitalistischen Regierungen waren, die zur Verschärfung der Krise führten. Wir haben das in früheren Aufsätzen ausführlich belegt und geben hier zu derselben Frage nur einer Anhängerin der Planwirtschaft das Wort:

„Man leugnet zur Zeit die Planmäßigkeitstendenzen, weil sie nicht das bewirkt haben, was man von ihnen erwartet hat, weil sie weder die Schranken der Akkumulativen Anspannung, noch dem industriellen Zyklus Halt zu gebieten vermochten. Die Planmäßigkeitstendenzen sind dennoch vorhanden und deren Ergebnisse unverkennbar: Es gelang dem organisierten Kapitalismus, die Krisen zwar nicht volkswirtschaftlich, jedoch privatwirtschaftlich zu mildern, die Schäden zwar nicht zu beheben, jedoch auf andere zu überwälzen.“

Als Ergebnisse der kapitalistischen Planmäßigkeit erweisen sich: Zeitweise Hinausschiebung bzw. Milderung der Kapitalkrise, dafür aber Zunahme der Arbeitskrise an Breite, Tiefe und überdies noch an Dauer.“

NATALIE MOSZKOWSKA im „Klassenkampf“ Nr. 18, vom 15. September 1931.)

Worauf soll sich der Tatwille der Arbeiterschaft richten?

WOYTINSKY schreibt, und darin stimmen wir ihm voll und ganz zu: „Alles wird von den Menschen, von ihrer Einsicht und nicht zuletzt von ihrem Tatwillen abhängen.“

Wir wissen aus Erfahrung, was der Markt-Automatismus in einer freieren Luft als der heutigen leisten kann. Selbst in der noch sehr unfreien Luft des Bodenmonopols und einiger weiterer Monopole hat der Markt-„Automatismus“ zur Überwindung früherer Krisen geführt.

Der Tatwille der Arbeiterschaft soll sich unserer Ansicht nach daher zunächst darauf richten, wenigstens jene freiere kapitalistische Luft wieder herzustellen durch Beseitigung der Subventionen an Großgrundbesitzer und Schwerindustrie, damit der Markt-Automatismus überhaupt wieder funktionieren kann. Darüber hinaus sehen wir — was hier nur angedeutet sei — ein Ziel darin, die wirtschaftliche Luft überhaupt von Monopolen zu bereinigen.

WOYTINSKY dagegen meint:

„Sofern es sich um die Arbeiterbewegung handelt, wird sie den Tatwillen im Kampf gegen die Krise nicht früher zurückerobern, als sie sich endgültig vom trügerischen Glauben an den kapitalistischen Automatismus befreit haben wird.“

Wir glauben, die Arbeiterschaft muß sich vielmehr von dem trügerischen Glauben freimachen, daß planwirtschaftliche Eingriffe an sich schon etwas Gutes wären.

Infolge der hier klargestellten grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit müssen natürlich WOYTINSKY und wir zu verschiedenen praktischen Vorschlägen für die Krisenbekämpfung kommen. WOYTINSKY schlägt zum Beispiel die Gründung einer Zentralstelle vor, die Arbeit vergeben und finanzieren soll, ferner die Einrichtung einer Preiskontrolle. Wir dagegen wollen die Arbeitsbeschaffung mit so wenig Eingriffen wie möglich in Gang bringen und wollen die Konkurrenz für Senkung und Niedrighaltung der Preise sorgen lassen.

Gehen wir zunächst auf diejenigen Punkte ein, in denen sich der W. T. B.-Plan mit unserem Plan berührt oder doch zu berühren scheint.

Arbeitsbeschaffung.

Wir wollen durch Ankurbelung der Bauwirtschaft Arbeit beschaffen und wären bereit, dazu auch die Möglichkeiten der Notenbank auszunutzen. (Wieso eine kleine Inflation ohne Preissteigerung möglich ist, haben wir gestern im „Funken“ erörtert.)

WOYTINSKY behauptet: „Wer Arbeitsbeschaffung sagt, der hat von Krediterschöpfung gesprochen.“ Er setzt Vorteile und

Nachteile dieser doppelten Aktion auseinander. Die Notwendigkeit, den Kreditumfang oder den Notenumlauf künstlich zu erweitern, bezeichnet er offen als Nachteil; ihm stellt er als Vorteil gegenüber „die Möglichkeit, soundso viel Menschen zu beschäftigen und dadurch der Volkswirtschaft einen belebenden Anstoß („Initialzündung“) zu geben“.

Die „Zündung“.

Das Bild von der Zündung stammt aus der Autobranche. Wir antworten WOYTINSKY, unter Beibehaltung des Bildes: Das Getriebe muß in Ordnung sein, ehe der Motor anspringt; sonst läuft sich die Maschine rasch heiß. In wirtschaftlicher Übersetzung: Die monopolistische Verzerrung des Getriebes der Wirtschaft muß erst beseitigt werden. Sonst kann bestenfalls nur ein vorübergehender Erfolg erzielt werden, und nachher ist alles schlimmer als zuvor.

Die Preise müssen erst stärker fallen als die Löhne, wie das in früheren Krisen der Fall war, dann kann die Zündung durch eine stoßweise Einstellung von einigen hunderttausend Arbeitern den Motor in Gang setzen, ohne daß die Maschine nach kurzer Zeit sich heiß läuft.

Abbau von Monopolpreisen unmöglich?

WOYTINSKY hält den Abbau der Monopolpreise, den wir für die Voraussetzung der Konjunkturbelebungen halten, für unmöglich. Er bezeichnet die in Gewerkschaftskreisen „verbreitete Auffassung über die Rolle der monopolistischen Preisbindungen“ als falsch. Er versucht diese verbreitete Auffassung zu widerlegen durch den Hinweis, daß in der Krise insgesamt ein starker Preissturz erfolgt sei. Er beachtet dabei nicht genügend, daß die Preise sehr ungleichmäßig gesunken sind (außerdem nennt er merkwürdigerweise die Zollpolitik nicht Monopolpolitik). Gerade weil gewisse Monopolpreise (Preise für Eisen, Kohle, Getreide) fast starr waren und infolgedessen viel Kaufkraft in Anspruch nahmen, sind andere Preise um so stärker gesunken, weil nämlich die Kaufkraft für die betreffenden Waren um so rascher nachließ.

Wichtiger noch ist, daß WOYTINSKY Preissenkungen ohne Lohnsenkungen offenbar nicht für möglich hält. Wir lesen bei ihm:

„Die Berufung darauf, daß der Preisabbau auch ohne Lohnkürzung, auf Kosten der Gewinne der Unternehmer, erzielt werden kann, ist nicht durchschlagend: Während der Krise sind die Gewinne ohnehin so niedrig, daß aus ihnen nicht vieles herauszuwirtschaften ist. Abgesehen davon muß die weitere plötzliche Kürzung der Gewinne zur Stilllegung der Betriebe führen, was am allerwenigsten im Interesse der Arbeiterschaft liegt.“

Richtig: die Gewinne sind heute niedrig — soweit sie überhaupt noch vorhanden sind. Aber warum sind sie niedrig? Doch weil die Selbstkosten der schlecht ausgenutzten Unternehmungen sehr hoch sind! — Warum soll die Kürzung der Gewinne zur Stilllegung der Betriebe führen? — Sie wird, wenn gleichzeitig der Wirtschaft durch Ankurbelung des Baugewerbes ein Anstoß gegeben wird, nur zur Stilllegung eines Teils der Betriebe führen; die anderen werden dann besser beschäftigt sein und billiger produzieren können.

Die Gefahren der Inflation.

WOYTINSKY will also an die Monopolpreise der Schwerindustrie nicht herangehen. Von denen der landwirtschaftlichen Großbetriebe spricht er überhaupt nicht; BAADE, der Mitarbeiter SCHIELES, könnte kaum gleichzeitig der Mitarbeiter WOYTINSKYS sein, wenn WOYTINSKY die Senkung der Getreidepreise ins Auge faßte.

Die Senkung der Monopolpreise dient uns dazu, die Gefahren einer etwaigen „kleinen Inflation“ zu bekämpfen.

WOYTINSKY muß auf andere Mittel sinnen. Seine Versuche, die beabsichtigte Inflation als ungefährlich hinzustellen, weil sie nicht oder doch nicht in vollem Umfang Banknoten-Inflation zu sein braucht, will ich übergehen. WOYTINSKY ist offenbar selber nicht beruhigt durch diese Vogelstrauß-Methode. Sein Bedenken gegen eine Inflation (in einem Lande) bleibt so groß, daß er sogar bereit ist, eine gleichzeitige Lohnkürzung hinzunehmen, um dadurch und durch gleichzeitige Einführung einer Preiskontrolle für Lebensmittel die Preissteigerung bekämpfen zu können.

COLM hatte in der „Arbeit“ im Herbst 1931 vorgeschlagen, die Arbeitsbeschaffungsaktion durch Kreditausweitung zu finanzieren und mit einer gleichzeitigen Lohnkürzung zu verbinden. „Der Lohnabbau sollte eine Art Gegengift gegen die Inflationsansteckung bilden.“

WOYTINSKY war im Januar in der glücklicheren Lage, dieses Gegengift nicht selber verordnen zu müssen. Nach BRÜNINGS Notverordnung vom 8. Dezember konnte er schreiben:

„Jetzt hat aber die deutsche Volkswirtschaft eine volle Spritze dieses Gegengiftes erhalten, sie ist — bis zu einer gewissen Grenze — gegen die Inflationslieber immun.“

Uns scheint: Unser Vorschlag, zu Lasten von Großgrundbesitzern und Schwerindustriellen statt zu Lasten von Arbeitern die Inflationsgefahr der Kreditausweitung zu bekämpfen, hat für Sozialisten gewisse Vorzüge!

Welche Arbeiten finanzieren?

Eine Million Menschen soll, nach dem W. T. B.-Plan, während eines Jahres mit einem Gesamtaufwand von 2 Milliarden Mark Arbeit erhalten. Was sollen sie produzieren? Nach WOYTINSKY nur ja nichts, was etwa diejenigen Klassen-genossen, die unter Hunger und Kälte leiden, unmittelbar brauchen könnten! WOYTINSKY will produzieren lassen: „Bessere Verkehrsmittel, neue Anbauflächen, Siedlungen und anderes mehr.“

Siedlungen finanzieren? Wir fordern das auch. Aber als notwendiges Mittel im Zusammenhang einer grundsätzlichen Umstellung der Agrarpolitik. Ohne diese ist der Bau von Siedlungen ein sehr gefährliches Unternehmen. Der Staat würde entweder künftige Bankrotteure oder künftige Staatsrentner ansetzen.

Neue Anbauflächen? Die notwendige Umstellung der Agrarpolitik — oder soll die SCHIELES-BAADESche Subventions-

politik so weitergehen wie bisher? — wird voraussichtlich dazu führen, daß in Deutschland Ackerland aufgefördert wird. Statt neue Anbauflächen zu schaffen, könnten die Arbeiter also geradesogut Sand von Berlin nach Potsdam und zurück karren. Das hätte noch den Vorteil, daß auch WOYTINSKY sähe, daß es nützlichere Arbeiten gibt.

Bessere Verkehrsmittel? Ja, ist das denn das Dringendste, daß wir rascher und bequemer reisen können, daß Güter schneller transportiert werden? Ist es denn nicht zum Beispiel dringlicher, daß möglichst rasch viele der 1,2 Millionen Haushaltungen, die keine eigene Wohnung besitzen, eine Wohnung erhalten?

Wenn wir den bürokratischen Apparat, seine Kosten, Tücken und Gefahren nicht scheuten, so würden wir vor schlagen: Jene eine Million Arbeiter soll Wohnungen, Möbel, Kleider, Nahrungsmittel und Kinovorstellungen produzieren für die Arbeitslosen, und diese Produkte sollen den Arbeitslosen umsonst gegeben werden. Dabei soll die Unterstützung der Arbeitslosen nicht gekürzt werden. Sie würden also so viel wie bisher kaufen.

WOYTINSKY begründet sein Arbeitsprogramm damit, es hätte keinen Sinn, durch die künstliche Erweiterung der Produktion an einer Stelle der Wirtschaft die Arbeitskräfte an einer anderen Stelle zu verdrängen. Wenn solche Wohnungen, Möbel, Kleider, Nahrungsmittel und Kinovorstellungen produziert werden, die sich Arbeitslose sonst nicht gekauft hätten, so würde der offene Markt von der zusätzlichen Produktion ebensowenig berührt, wie von der Produktion zusätzlicher Schnellzuglokomotiven. Und wäre es nicht für Sozialisten — wenn sie schon die Einrichtung einer Zentralstelle fordern — angemessener, statt weiterer Lokomotiven den notwendigsten Bedarf für diejenigen produzieren zu lassen, denen es ohne ihre Schuld am elendesten geht?

Wir wollen jene Zentralstelle vermeiden und trotzdem den heute Arbeitslosen mehr Brot, Kleider und Kinovorstellungen verschaffen, und außerdem Arbeit. Wir wollen das tun durch Staatseingriffe an möglichst wenigen Stellen, zum Beispiel bei der Bauwirtschaft. Für die Einzelheiten vergleiche unsere Broschüre: „Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Ein sozialistisches Programm zur Beseitigung der Wirtschaftskrise.“

Nur Arbeitsbeschaffung?

Der entscheidende Unterschied zwischen unserem und WOYTINSKYS Plan ist: Wir wollen Arbeit beschaffen und gleichzeitig das Getriebe der Wirtschaft in Ordnung bringen. Das letztere leistet der W. T. B.-Plan nicht. Merkwürdigerweise wird das in einem ausführlichen Artikel des „Vorwärts“ zum Krisenkongreß (Nr. 135, vom 20. März) ausdrücklich mit den Worten festgestellt:

„Die Erwartung wäre falsch, daß öffentliche Arbeiten die Wirksamkeit des Krisenmechanismus, der zur Belegung führt, funktionslos ersetzen könnten. Die Vergebung öffentlicher Arbeiten kann nur die weitere automatische Schrumpfung des Wirtschaftens, die zwar nur auf ganz bestimmte Zeit verhindert, es wäre eine Illusion, eine Verweigerung öffentlicher Arbeiten grundsätzlich eine Ankurbelung der Wirtschaft zu erwarten, derart, daß es dann dauernd von selbst wieder aufwärts geht. Öffentliche Arbeiten können nur verhindern, daß die Nichtbenutzung von Produktionsanlagen immer neue Verluste bringt und die Entstehung neuer Verluste immer mehr Arbeitslose erzeugt.“

Die Ankurbelung der Wirtschaft erwarten die „Vorwärts“-Redakteure nur von außen, von einer Belegung der Weltwirtschaft her.

Das ist falsch! Wir brauchen in Deutschland auf Anstoß von draußen nicht zu warten. Wir sollen uns nicht darauf beschränken, „nur auf ganz bestimmte Zeit“ die weitere automatische Schrumpfung des Wirtschaftslebens zu verhindern. Denn wir können in Deutschland mehr erreichen: Wir können Schluß damit machen, daß ständig Kaufkraft künstlich an Monopolbetriebe verschoben wird; wir können Kaufkraft auf die Massen verschieben und so die Ursache der Wirtschaftskrise bekämpfen. Nur diese grundsätzliche Schwächung der Wirtschaftspolitik verdient wahrhaft den Namen: „Aktive Wirtschaftspolitik“

Hellmut Rauschenplat.

DEUTSCHLAND

Der Schweinebestand betrug am 1. März 20,6 Millionen Stück gegenüber 21,8 Millionen zur gleichen Zeit des Vorjahres. Am stärksten ist die Gesamtzahl der Ferkel zurückgegangen, und zwar um 736 000 (um 12,8 Prozent). Die Zahl der ½ bis 1 Jahr alten Schweine hat sich um 86 000 Stück (um 2,2 Prozent) verringert, die Zahl der Tiere über 1 Jahr um 80 000 (um 4,3 Prozent). Bei jüngeren Zuchtauen ergibt sich eine Bestandsabnahme von 156 000 Stück (22,2 Prozent). Dagegen ist der Bestand an Schlachtschweinen noch um 87 000 Stück (2,5 Prozent) größer als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Konsumvereine: Bereits seit einiger Zeit besteht für manche Konsumvereine eine Reichsbürgschaft. Der Umfang der bisher in Anspruch genommenen Stützungskredite beläuft sich angeblich auf einen „kleinen Millionen-Betrag“. Die Konsumvereine bemühen sich um weitere Reichshilfe.

Die Braunkohlenförderung in Mitteldeutschland betrug im Februar 6 185 000 t. Sie hat gegenüber dem Januar um 88 000 t abgenommen. Dagegen ist im Rheinland eine Steigerung zu verzeichnen: 3 131 000 t im Februar gegenüber 3 069 000 t im Januar.

Die Zahl der im Steinkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter sank im Ruhrbezirk von 220 000 im Januar auf 211 400 im Februar, in West-Oberschlesien von 43 200 im Januar auf 40 600 im Februar.

Wohnungsbedarf: Heute haben von den 17,3 Millionen Haushaltungen, die es in Deutschland gibt, 1,2 Millionen keine eigenen Wohnungen. (Nach dem Bericht der Deutschen Bau- und Bodenbank.)

Börse: Der Preußische Minister für Handel und Gewerbe hat die Erlaubnis gegeben, nach Ablauf der ersten April-Woche an den Wertpapierbörsen wieder amtliche Kurse festzustellen.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Dateavorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: 77, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 71 A

BERLIN • Donnerstag, den 24. März 1932

1. JAHRGANG

Doch ein Krisen-Kongreß.

Zur Tagung des AfA-Bundes.

Von Hellmut Rauschenplat.

Am 22. März kamen etwa 60 bis 70 Mitglieder des Bundesausschusses des Allgemeinen freien Angestelltenbundes zusammen, um in einer öffentlichen Sitzung zur Krisenlage Stellung zu nehmen. Die Tagung des AfA-Bundes verdient gerade deshalb besondere Beachtung, weil der Kongreß des weitaus größeren Bruders, des ADGB, unter Berufung auf den Osterfrieden zunächst verschoben wurde. So konnte man zunächst in kleinerem Rahmen beobachten, was sich vermutlich auf jenem Krisen-Kongreß in größerem Rahmen wiederholen wird.

Der Vorsitzende Aufhäuser spricht.

Bei der Präsidentenwahl haben wir zur Verteidigung der Grundlagen der Demokratie in einer Front gestanden, die bei den kommenden wirtschaftlichen Auseinandersetzungen nicht mehr da sein wird. Wir zweifeln nicht, daß die wirtschaftliche Entwicklung die neue Fortbildung in rascher Zeit herbeiführen wird. Vieles von dem, was von manchen Stellen heute noch als marxistisch, sozialistisch, utopisch bezeichnet wird, wird von ihnen vielleicht in wenigen Monaten als Staatsnotwendigkeit anerkannt.

Wir stehen vor einem konstitutionellen Leiden des kapitalistischen Systems, vor einer Störung des kapitalistischen Mechanismus; die politisch-psychologische Entspannung durch Wahlentscheidungen kann diese Störung nicht beheben. Außer den Tagesaufgaben steht daher die dringliche Aufgabe vor uns, konstruktive Vorschläge für die Umgestaltung der Wirtschaft zu machen.

Bei der Durchführung dieser Vorschläge haben wir mit starken Widerständen der kapitalistischen Machthaber zu rechnen. Aber: Diejenigen, die früher jeden Eingriff des Staates in die Wirtschaft kategorisch abgelehnt haben, nehmen heute Staatskredite in unbegrenztem Maße in Anspruch. Das spricht für die Richtigkeit der Entwicklungslinie, dergemäß auf die Dauer nicht die Wirtschaft den Staat, sondern der Staat die Wirtschaft beherrschen muß. Wir sehen heute eine sozialistenreine Regierung gezwungen, täglich und in wachsendem Maße Eingriffe in den eigentlichen kapitalistischen Mechanismus vorzunehmen.

Was ist an dieser Entwicklungslinie eigentlich erfreulich? Der Staat beherrscht immer mehr die Wirtschaft. Richtig! Aber welcher Staat? Die „sozialistenreine“ Regierung nimmt Eingriffe in die Wirtschaft vor, die wahrlich völlig sozialismurein sind. Was für ein Vorzug sollte für die Ausgebeuteten darin liegen, daß ihre Ausbeuter nicht mehr mit einander konkurrieren, sondern die Ausbeutung planmäßiger als früher organisieren?

Die wirtschaftliche Entwicklung wird nach AUFHAÜSER'S Ansicht eine neue Fortbildung herbeiführen. Uns scheint: Das Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung steht so deutlich vor uns, daß Prophezeiungen darüber kaum mehr angebracht sein dürften. Man braucht ja nur die Augen vor dem Entwicklungsprodukt nicht absichtlich zu verschließen, um zu sehen, wie stark es ist: der Nationalismus.

Doch hören wir AUFHAÜSER weiter: „Wir denken uns die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung durch eine Volksanleihe. Wenn das ganze Gerede von Solidarität und Volksgemeinschaft Sinn haben soll, die Verpflichtung in sich tragen, in solidarischer Aktion Mittel aufzubringen, um damit Arbeitsbeschaffung zu finanzieren.“ (Und wenn das Gerede von der Volksgemeinschaft keinen Sinn hat?)

Arbeitsbeschaffung ist begrenzt im Ausmaß, solange nicht gleichzeitig mit der Arbeitsbeschaffung ein organisatorischer Umbau des Systems erfolgt. So dringlich ist es, wenn man über die bestehenden Möglichkeiten Illusionen aufkommen lassen wollte. Wenn bei der Finanzierung gelegentlich alle Hoffnungen auf zusätzliche Kredite der Reichsbank gesetzt wurden, so halten wir das mindestens nicht für ungefährlich. — Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit ist auf einen Kon-

Die Reaktion in Front.

Bauernrevolte in Schleswig.

Offene Mordandrohungen.

a Hadersleben, 22. März.

Am Montag fand in Hadersleben eine Bauernkundgebung statt, an der sich etwa 3000 Landleute aus ganz Nordschleswig beteiligten. Die Kundgebung richtete sich gegen die Behandlung des Hofbesitzers KILL. Dieser sollte gepfändet werden, hatte aber die Vollziehungsbeamten mißhandelt und war deswegen ins Gefängnis gebracht worden. Die Versammlung nahm gegen die behördlichen Maßnahmen Stellung. Nach der Versammlung zogen die Bauern vor die Wohnungen des Polizeimeisters und des Richters. Im Anschluß daran fand eine zweite Versammlung statt, auf welcher NISSEN-ELLUM sprach. Er teilte mit, daß man den Direktor des Kreditvereins, CALLÖ-Hadersleben, eingeladen habe. Dieser habe keine Antwort gegeben. Es wurde eine Abordnung abgeschickt, um CALLÖ zu holen. Das blieb erfolglos. NISSEN hielt eine äußerst scharfe Rede, in welcher er erklärte, daß die Geduld der Landleute zu Ende sei und gehandelt werden müsse. Wer einen zwangsversteigerten Hof übernehme, werde in Zukunft vogelfrei sein, seine Sicherheit werde nicht gewährleistet. Die Bauern setzten sich dann nach dem Hause des Direktors CALLÖ in Bewegung. Sie hatten bereits zu einem Sturm auf die Villa angesetzt; doch gelang es dem Polizeimeister, mit seinen etwa 20 Polizeibeamten ernsthafte Ausschreitungen zu verhindern.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß der Wahlkreis Schleswig-Holstein mit 42,7 Prozent HITLER-Stimmen am 13. März an der Spitze der nationalsozialistischen Verdummung oder Verhetzung marschierte.

Was Groener sich nicht . . .

„Geschlossene Veranstaltungen“.

Zu der Meldung einiger Zeitungen, der für Ostern angesetzte HITLER-Jugend-Tag in Braunschweig würde trotz des Osterfriedens stattfinden, hatte das Reichsinnenministerium erklärt: es könne sich nicht vorstellen, daß Braunschweig gegen eine Verordnung des Reichspräsidenten verstoßen würde.

Jetzt meldet die Telegraphen-Union, daß am Ostersonntag (vielleicht gar während der Kirchzeit? Red.) in der Braunschweiger Stadthalle eine geschlossene Kundgebung mit Fahnenweihe stattfinden wird, bei der voraussichtlich HITLER sprechen wird.

Hochverrat der NS.

Voruntersuchung gegen die Polizeibeamten Lange und Schultz.

h Berlin, 22. März.

Der Oberreichsanwalt hat beantragt, die Voruntersuchung gegen den Polizeileutnant KARL LANGE und gegen den Polizeioberwachmeister HANS SCHULTZ-Briesen wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu eröffnen. Der Untersuchungsrichter wird die Voruntersuchung noch im Laufe des Dienstags eröffnen.

LANGE und SCHULTZ hatten sich Pläne der Polizeijunkäfte und der polizeilichen Waffen- und Munitionslager verschafft und an die NSDAP weitergegeben.

struktionsfehler der Wirtschaft zurückzuführen. Es kommt darauf an, daß die Ursache der heutigen Krise eingeschränkt und beseitigt wird. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muß verbunden sein mit dem Kampf gegen das System.

So weit sind wir ganz einverstanden, nun folgt aber die völlig unbewiesene Behauptung:

Wir sind in einem Zwischenstadium zwischen Kapitalismus und Sozialismus, in dem wir aktiv bleiben müssen. Es muß heute eine Form gesucht und gefunden werden, die weder Privatkapitalismus, noch der kommende Sozialismus (im Sinne von Kollektivismus, Gemeinwirtschaft) ist mit starker staatlicher Kontrolle und Führung des Staates.

Der Sachverständige: Dr. Suhr.

SUHR führt näher aus, was in der „Epoche der sozialen Revolution“ zu tun sei. Unmittelbar nach 1918 habe die Frage der Sozialisierung in der Gewerkschafts-

AUS DEM INHALT:

In Kentucky.

Siedlung in Preußen.

Landagitation.

Der Aufmarsch der Gläubigen.

Arbeitsdienstpflicht in Bulgarien.

Robert Koch.

Verbot einer Freidenker-Jugendweihe.

W. H. Bremen, 21. März.

Die Ortsgruppe Oldenburg des Deutschen Freidenker-Verbandes, die ihre diesjährige Jugendweihe auf den 20. März festgelegt hatte, erhielt *etwas vorher* von der Behörde die Nachricht, daß diese Jugendweihe auf Grund der Verordnung über den Osterfrieden nicht stattfinden könne. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, der gegen diese Entscheidung sofort beim oldenburgischen Ministerium protestierte, erreichte dann, daß die Jugendweihe als geschlossene Veranstaltung erlaubt wurde. Allerdings wurde diese Erlaubnis soweit eingeschränkt, daß die Veranstaltung nicht während der Kirchzeit stattfinden durfte. Ursprünglich war die Jugendweihe auf 10 Uhr morgens festgelegt.

Was sich aus so einem Friedensgebot alles herausholen läßt! Allerdings nur mit hinreichenden Verrenkungen der zuständigen Paragraphen. Denn:

1. Inwiefern ist eine Jugendweihe eine politische Veranstaltung, während gegen den unpolitischen Charakter der Konfirmationen kein Bedenken angemeldet wird?

2. Wieso können aus Bestimmungen über öffentliche politische Versammlungen Bedingungen über die hier beantragte geschlossene Veranstaltung abgeleitet werden?

3. Endlich: wenn man schon in dieser geschlossenen Versammlung — inwiefern ist nicht unsere Sache — eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung sieht, inwiefern wird das gebessert dadurch, daß die Jugendweihe nicht zur Kirchzeit stattfindet? Man sollte im Gegenteil annehmen, daß die öffentliche Ruhe und Sicherheit, wenn dies überhaupt nötig war, nicht besser geschützt werden konnte, als dadurch, daß sich die feindlichen Parteien gleichzeitig in verschiedenen Räumen je mit ihren eigenen Angelegenheiten beschäftigten.

Die Kirche allerdings hat bei solchen Aktionen einen Vorteil: Denn die Menschen, die man vor die Wahl stellt, entweder in die Kirche zu gehen, um die Konfirmation anzuschauen, oder sich die Jugendweihe anzusehen, werden sehr oft, gerade wenn es Arbeiter sind, der Jugendweihe den Vorzug geben. Jetzt hat die Kirche noch die Möglichkeit, daß sich einige unheilbare Zuschauer zu beiden Veranstaltungen begeben.

bewegung eine große Rolle gespielt. Die Zeit von 1924 bis 1930/31 sei durch die Forderung der Demokratisierung der Wirtschaft gekennzeichnet; Arbeiter und Angestellte hätten Anteil genommen an vielerlei wirtschaftlichen Problemen. Dabei habe die Ausrichtung der Forderungen auf ein großes Ziel gefehlt. Dies Ziel gelte es jetzt zu zeigen.

SUHR gibt ausführliche Erläuterungen zu zwei Entschlüssen, die der Tagung vorgelegt wurden.

„Arbeitsbeschaffung“ lautete die Überschrift der ersten. Sie spricht von der Notwendigkeit zusätzlicher Arbeiten, nennt an erster Stelle die Erneuerung des Straßennetzes, dann aber auch — im Gegensatz zum Programm des Reichswirtschaftsrates — den Bau von Kleinwohnungen.

SUHR macht erfreulich deutlich:

Wenn nicht die innere Bereinigung der Wirtschaft von allen jenen Hemmnissen stattfindet, die zur Krise geführt haben, wenn nicht „der Sand aus den Rädern

der Maschine entfernt wird“, kommt keine Ankurbelung der Wirtschaft zustande. Voraussetzung ist vor allem die Steigerung der Massenkaufrkraft.

Der Regierung ist es nicht gelungen, ihr Versprechen einzulösen, die am 8. Dezember verordnete Lohnsenkung durch Preissenkung auszugleichen. Das Gehalt von 670 000 Angestellten ist um 8 bis 10 Prozent, das von 650 000 Angestellten um 10 bis 15 Prozent und darüber gekürzt worden. Eine entsprechende Preissenkung mußte scheitern, solange man festhielt an der bisherigen Agrarpolitik, solange man die Monopolpreise nur schematisch senkte. Wir sind der Ansicht, daß die Reichsregierung die Aufgabe hat, bei Ablauf der Tarifverträge die Gehälter wieder so weit heraufzusetzen, als es nicht gelungen ist, die Preise herabzusetzen.

Suhr verlangte die Befreiung des deutschen Volkes von den inneren Reparationslasten, die wir seit Jahren zu Gunsten der Landwirtschaft gezahlt haben.

Auf die richtige Feststellung, daß eine Ankurbelung der Wirtschaft nur nach einer Beseitigung der Fehlerquellen möglich sei, die zur Krise geführt haben, folgten in Suhrs Ausführungen — bezeichnender Weise wieder ohne den Schatten eines Beweises — die Forderungen: Planwirtschaft, Ausbau der öffentlichen Wirtschaft, Monopolamt, Außenhandelsmonopol, zentrale Planstelle „als Hauptstellwerk der kommenden Wirtschaft“ u. s. w.

Zum Schluß gab Suhr zwei richtige Hinweise: Es ist völlig falsch, zu sagen, Zeiten der Krise könnten nicht Zeiten des wirtschaftlichen Umbaus sein. Und: Die Aufgabe des Umbaus ist auch im nationalen Rahmen durchführbar.

Mit Ausnahme des Kernstücks seiner Rede, der unbegründeten Behauptung, daß an die Stelle der Konkurrenz eine vom Staat geleitete Planwirtschaft treten müsse, und den Einzelausführungen dazu, hatte fast alles, was Suhr sagte, Hand und Fuß. Er ist der wirtschaftspolitische Sachverständige des AfA-Bundes. Wir schlagen vor, einmal alle vorgefaßten Meinungen beiseite zu lassen und dann mit allem Sachverstand eine Begründung für jene Behauptung zu suchen. Er wird sie nicht finden. Vorläufig ist es so, daß er sie gar nicht sucht, weil er sich im eingefahrenen Geleise erstarrter Glaubenssätze von der notwendigen Entwicklung zum Kollektivismus bewegt. Daß diese Glaubenssätze zur völligen Erblindung des Gläubigen führen können, hat auf der Tagung Aufhäuser sehr deutlich demonstriert. Weil es ihm so geläufig ist, von der wirtschaftlichen Entwicklung nur Gutes zu erwarten, behauptet er kurzweg, für die kommenden wirtschaftlichen Auseinandersetzungen werde die wirtschaftliche Entwicklung die neue Frontbildung in rascher Zeit herbeiführen. Wer selber noch nicht erblindet ist, kann da leicht das Urteil abgeben: hoffnungslos blind!

Auf dem engeren Fachgebiete Suhrs liegen die Fehler nicht offen zu Tage. Um so wichtiger wäre eine eingehende Erörterung. Diese fand auf der Sitzung des AfA-Bundes nicht statt. Da die Teilnehmer darauf verzichteten, fand überhaupt keine Diskussion statt. Die Entschlüsse, die nicht vorgelesen wurden und die viel zu lang waren, als daß die Teilnehmer sie zwischen durch hätten lesen, geschweige denn völlig verstehen können, wurden einstimmig angenommen. Auch das ist bezeichnend, und auch das wird sich wohl, wenn auch vielleicht nicht in so krasser Form, auf dem Krisen-Kongreß des ADGB wiederholen.

Wir wissen wohl, das jahrzehntelange gläubige Hinnehmen der Marx'schen Lehre vom notwendigen Kommen des Kollektivismus hat tiefe Spuren im deutschen Proletariat hinterlassen, viel tiefere als in dem

Mohammedanische Forderungen. Von der allindischen Moslemkonferenz.

r Bombay, 23. März.

Die allindische Moslemkonferenz in Lahore nahm am Dienstag eine Entschliebung an, in der folgende Forderungen der indischen Mohammedaner aufgestellt werden: Eigene Wahlkreise, Mehrheitsrechte in denjenigen Provinzen, in denen die Mohammedaner tatsächlich in der Mehrheit sind, unbedingte Vertretung zu einem Drittel in allen öffentlichen Diensten und 50 Prozent der Offiziers- und anderer Posten in der Armee. In einer weiteren Entschliebung wurde die Einberufung des Vollzugsausschusses der Konferenz für den 3. Juli und die Ergreifung von unmittelbaren Maßnahmen beschlossen, falls die Regierung bis dahin die mohammedanischen Forderungen nicht angenommen haben sollte. Der Arbeitsausschuß wurde angewiesen, in der Zwischenzeit ein Aktionsprogramm für den Fall der Nichtannahme der Forderungen aufzuziehen.

Russisch-norwegischer Handelsvertrag.

s Moskau, 23. März.

Die sowjetamtliche Telegraphenagentur teilt mit, daß zwischen der Sowjetunion und Norwegen ein neuer Handelsvertrag abgeschlossen wurde auf der Grundlage einer Erhöhung der Garantiesumme der norwegischen Regierung für sowjetrussische Einkäufe in Norwegen.

Memeler Landtag aufgelöst.

q Kowno, 22. März.

Nachdem im memelländischen Landtag ein Mißtrauensantrag gegen das Landesdirektorium SIMMAT mit 22 gegen 5 Stimmen der Litauer angenommen worden war, löste Landespräsident SIMMAT auf Grund des Artikels 12 des Memelstatuts den Landtag auf.

Lettischer Finanzminister zurück- getreten.

q Riga, 22. März.

Die schon seit langem vorhandenen Spannungen innerhalb der Regierungsparteien in Lettland haben jetzt zum Rücktritt des Finanzministers SEMGAL, des früheren Staatspräsidenten, geführt. Die Schwierigkeiten, den Haushalt in Ordnung zu bringen, haben jetzt den Rücktritt des Finanzministers hervorgerufen.

Das lettische Kabinett beschloß, den Rücktritt des Finanzministers SEMGAL anzunehmen. Zum vorläufigen Vertreter wurde Ministerpräsident SKUJENEK bestimmt.

Nach Lettland Griechenland.

Athen, 23. März.

In der Nacht zum Mittwoch hat die Regierung VENIZELOS ihren Rücktritt beschlossen, da am 1. April 375 000 englische Pfund für den Zinsendienst fällig werden. Die Bezahlung

anderer Länder. Nur so ist ja zu erklären, daß nach der Inflationszeit Arbeiterzeitungen HUGO STINNES griechen haben als Vollstrecker der sozialistischen Entwicklung, und daß jetzt die Regierung BRÜNING in ähnlichem Lichte dargestellt wird als Vollstreckerin der Entwicklung zum Sozialismus wider Willen. Trotz der schwersten Nackenschläge, die diese Entwicklung den Arbeitern und Angestellten bringt, halten sie in Massen fest an jenem Glauben. Er wäre einer besseren Sache wert.

Es gilt, die Krise zu benutzen, nicht nur, wie Suhr sagt, zum Umbau der Wirtschaft, sondern auch — und nicht zuletzt — zum Umbau der Ansichten über die Wirtschaft in den Köpfen der Sozialisten. Die hier notwendige Kleinarbeit in Gesprächen von Kollege zu Kollege immer und immer wieder zu leisten, fordern wir unsere Genossen auf.

... die edle Selbstverleugnung Ew. Majestät, die unsern Völkern die letzte, harte Probe erspart, soll nicht enttäuscht werden. Es wird meine vornehmste Aufgabe sein, die letzten schattenreichen Tage als das Ende einer Kette von Mißverständnissen zu betrachten, die unsere Völker viele Jahre getrennt haben. Direkte Verhandlungen zwischen Rom und Belgrad werden zu einer Lösung beitragen, die sowohl Ew. Majestät als meine Regierung befriedigt . . .“

Im Duce regte sich das Blut des Römers. Er hatte über einen König gesiegt, aber es widersprach seiner Art, den Sieg auszukosten, indem er seinen Fuß auf dem Nacken des Besiegten ließ. Menschliche Niedrigkeit war dieser Römerseele fremd. Hinzu kam freilich der kluge Politiker, dem tiefe Menschenkenntnis sagte, daß der Sinn des Hasses darin beruht, der ritterlichen Versöhnung den Weg zu bereiten. Die Völker drüben auf dem Balkan waren Größen zweiter Ordnung, Todfeindschaft lohnte sich nicht. Der große Rivale Italiens wohnte im Nordwesten!

Capponi wartete. Wartete auf das Hochgehen des Vorhanges, der den letzten Akt des Dramas enthüllte. Wann würde der Kniefall der Pariser gemeldet! Der südslawische Bundesgenosse war in offener Feldschlacht geschlagen. Worauf wartete Paris noch? Jetzt war es übrigens ganz gleichgültig, wer in Paris das Szopfer führte, ob Saint Brice oder Léon Brandt. Rom und Belgrad reichten sich die Hände. Der französische Nachbar bezahlte die Zeche. Von dieser Blamage sollte er sich nicht gleich wieder erholen . . .!

Durch die Länge des dümmrigen Saales kam atomlos der Staatssekretär. „In Frankreich hat sich der Generalstreik zu blutiger Revolution entwickelt! . . .“

Capponis Augen wurden zu zwei Freudensonnen. „Eine unerhörte Hetzrede gegen Italien!“ fährt der Staatssekretär erregt fort . . . „Brandt bedroht und beschimpft in einer Radiorede Italien und Ew. Exzellenz . . .“

Capponi hat dem andern mit raschem Griff ein Blatt aus der Hand gerissen. Liest. Seine Augen traten beim Lesen aus ihren Höhlen und glänzten wie erstarrter Metallguß. Die Adern an den Schläfen schwellen zu dicken Blutsträngen an, die jede Sekunde zu platzen drohten. Der starke Schädel zog sich immer tiefer und gefährlicher zwischen die Schultern

dieser Summe würde die Deckung der Drachme aufheben, wor für VENIZELOS gegenüber dem Volk die Verantwortung nicht übernehmen will. Den Ausgang der Pariser Verhandlungen über eine Finanzhilfe für Griechenland hat VENIZELOS nicht abgewartet. Der Ministerrat wird am Mittwoch endgültig beschließen, am Donnerstag dem Staatspräsidenten ZAIMIS das Rücktrittsgesuch zu überreichen.

Irland für Freiheit von England. De Valera für Abschaffung des Treueides.

m London, 22. März.

Der Oberkommissar des irischen Freistaates teilte mit, er sei nunmehr vom irischen Außenminister über dessen Vorschläge zur Abschaffung des Treueides zur englischen Krone unterrichtet worden. Die irische Regierung sei der Meinung, daß der Treueid keine vertragliche Verpflichtung sei, und daß sie ein absolutes Recht hätte, die Verfassung Irlands umzuändern, wie es das Volk wünsche. Weiter sei es ihre Ansicht, daß alles, was mit der Verfassung zusammenhänge, zu der unantastbaren Souveränität Irlands gehöre. Der Eid sei die Ursache vieler Unruhen und Meinungsverschiedenheiten in Irland gewesen. Die irische Regierung wünsche nicht, in ein unfreundliches Verhältnis mit England zu treten, ganz im Gegenteil. Aber die englische Regierung müsse einsehen, daß der wirkliche Frieden in Irland unmöglich sei, solange die volle und freie Vertretung des Volkes im irischen Parlament durch die Treueidverpflichtung unmöglich gemacht sei.

Das englische Kabinett wird sich am Mittwoch mit der Frage des Treueides des irischen Freistaates befassen.

Sackett nur zum Festessen in Paris.

Paris, 23. März.

In Pariser amtlichen Kreisen bemüht man sich, die in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem Besuch des Berliner amerikanischen Botschafters SACKETT entstandene Erwartung und Neugier abzuschwächen, indem man mit Nachdruck erklärt, daß dem Besuch keineswegs so große politische Bedeutung zukomme, wie das anscheinend in Berlin vorausgesetzt werde. Eine Konferenz mit französischen Ministern finde nicht statt, sondern man beschränke sich auf das Festessen beim Botschafter EDGE. Einem Pressevertreter gegenüber wiederholte der amerikanische Botschafter, daß Amerika auf die Selbsthilfe der Europäer warte, ehe es sich zu einer Aktion entschließen werde.

Zur Lausanner Konferenz werde die Union nicht einmal einen Beobachter senden.

Um das Frauenwahlrecht in Frankreich.

k Paris, 23. März.

Im Wahlrechtsausschuß der französischen Kammer wurde am Dienstag ein Antrag des sozialistischen Abgeordneten BRACKE angenommen, der den Frauen für 1933 das Wahlrecht zugesteht. Der Ausschuß nahm eine Entschliebung an, in der die Regierung aufgefordert wird, ihren Einfluß auf den Senat auszuüben, damit er so bald wie möglich den Text verabschiedet, der bereits in der Kammer Gegenstand eingehender Beratungen gewesen war.

Der Aufmarsch der Gläubigen.

Dublin, 22. März.

Vom 19. bis zum 26. Juni findet in Dublin in Irland der Weltkongreß der Katholiken statt. Dieses Ereignis der katholischen Kirche wiederholt sich alle vier Jahre. Die beiden letzten Kongresse wurden in Chicago und Sidney abgehalten.

Die Vorbereitungen für den Kongreß sind bereits in vollem Gange. Es werden etwa elf Kardinäle, 400 bis 500 Erzbischöfe und Bischöfe, und etwa 4000 bis 6000 Priester erwartet. Von auswärts werden etwa 200 000 Besucher, aus Irland selbst ungefähr 800 000 Besucher erwartet. 24 Ozeandampfer sind für Sonderfahrten für die Herbeibringung der Teilnehmer gepachtet worden. In der Nähe der Stadt wird eine Zeitstadt von 2000 Zelten aufgebaut werden, um die Personen zu beherbergen, die in der Stadt keine Unterkunft mehr finden.

WAHN-EUROPA 1934. VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Pöckelreiter-Verlag, Berlin

(70. Fortsetzung.)

Gegen Abend wuchs die Unruhe des Duce, es brannte etwas in seinem Blut, was ihm bisher fremd war. So oft er allein war, stürmte er wie ein Gefangener zwischen den Wänden seines Saales. Wer gewann in Paris das Rennen . . . Saint Brice oder der Friedensapostel . . .

Zehn Uhr abends, zur gleichen Stunde, in der Rhé Landrux auf dem Quai d'Orsay ihre Arbeiterbataillone zum Sturm kommandierte, legte der Staatssekretär dem Duce freudestrahlend eine Depesche auf den Tisch. Der König Südslawiens telegraphierte den glatten Rückzug:

„ . . . Um Europa ein Beispiel der Selbstverleugnung zu geben, verzichte ich auf die gewaltsame Erzwingung meines Rechts und stelle mich in die Reihe der Nationen, die entschlossen sind, ihre Interessen auf friedlichem Wege zu verteidigen. Mein auf albanischem Boden stehendes Detachement beginnt in diesem Augenblick den Rückmarsch, so daß auch für die Regierung Italiens der Anlaß zur militärischen Besetzung Albaniens hinfällig geworden ist. . .“

Ein Zucken lief über die Gesichtsmuskeln Capponis. In seinen Augen leuchtete Triumph. Belgrad streckte vor Rom die Waffen! Weil der Pariser Freund sich selbst gekillt hatte. Mochte der Belgrader Gekrönte seinen notvollen Entschluß noch so sehr mit dem Mantel der Ethik verbrämen. Albanien war gerettet für die Römer. Die Nervenstränge des Duce hatten sich als die festeren erwiesen. Ja, das ganze Europa war eine Vereinigung pazifistischer Leisetreter.

„Ein sehr weiser Entschluß des Königs“, sagte Capponi mit unbewegter Miene zu seinem Staatssekretär. „Sie können meine Antwort gleich mitnehmen. . .“ Er saß schon vor einem leeren Blatt, überlegte eine Minute und schrieb dann den Text nieder,

ein. Er sah aus wie ein Panther, den ein unerwarteter Peitschenhieb des Selbstgefühls beraubt hat und der sich nun sammelt, die Pranke zum vernichtenden Gegenschlag in die Luft zu schnellen.

„Das ist . . . unerhört! Unerhört!“ Er sprang auf. Seine Hände fuhren wie Krallen in die Höhe. Packten in sinnloser Wut eine kostbare antike Aschenschale. Plötzlich besann er sich. Langsam ließ er die erhobene Faust mit der Aschenschale heruntersinken. Seine Stimme klang beherrscht, aber wie das Geräusch einer zersprungenen Saite. „In fünf Minuten lasse ich Sie rufen, Herr Staatssekretär!“

Der hohe Beamte verließ fluchtartig den Saal. Er hatte das Gefühl, daß die Hände des Meisters ihn würgen könnten.

Reglos stand der Duce am Tisch, die Augen geschlossen. Er zählte laut bis zehn, nach fester Gewohnheit, um das Blut wieder aus dem überfüllten Gehirn abströmen zu lassen. Diesmal versagte die Übung. Die Beschimpfung war auch zu ungeheuerlich! Capponis Faust umkrampfte schon wieder die kostbare Schale. In der gleichen Sekunde klirrten die Splitter über das Parkett.

Das also war die wahre Fratze, die der Friedenseiland Léon Brandt der Welt entgegenstreckte! Der auferweckte Lenin! Der Diktator Europas, der sich hinter seiner erlogenen Maske ein Jahrzehnt auf diesen Schlag vorbereitet hatte! Und keiner hatte sein wahres Antlitz erspäht!

Capponis mächtiger Körper fiel in den Sessel. Hatte er den Himmel um den Sieg dieses Teufels angefleht, den er für einen besessenen Pazifisten gehalten! Und der sich jetzt als Heerführer des roten Pöbels entpuppte! Revolution in Paris! Das war nicht die Revolution um des Friedens willen, das war die Revolution, deren Ziel die Zerstörung des Erdteils bedeutete!

Die heißen Augen des Duce verschlangen von neuem die furchtbare Drohung, die der Eiffelturm in die Welt geschmettert hat. . . die vereinten Revolutionsheere werden über die Alpen vordringen, um den Hord fluchwürdiger Reaktion auszubrennen! Todfeindschaft dem Diktator Capponi! Italiener, werft Ketten ab . . .!

(Fortsetzung folgt)

In Kentucky.

Nachstehend bringen wir einen neuen Bericht über einen kurzen Aufenthalt im Kohlenbezirk von Kentucky, den MAICOM COWLEY, ein Mitarbeiter der New Yorker „New Republic“, Anfang März in dieser Zeitschrift veröffentlicht hat.

Wir fuhren nach Kentucky, weil wir gehört hatten, daß die dortigen Behörden die Unterstützung der streikenden Bergleute verhinderten. Unsere Expedition, — das war unser Vorsatz — wollte drei Ziele verfolgen: Erstens sollten einige Tonnen Lebensmittel verteilt werden, die wir in Knoxville einkaufen wollten, und zwar mit Mitteln, die wir zum größten Teil selber aufgebracht hatten. Zweitens wollten wir versuchen, einen Weg ausfindig zu machen, die Bergleute unbehindert regelmäßig mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken zu versorgen, die von der Internationalen Arbeiterhilfe geliefert werden sollten. Drittens wollten wir feststellen, ob die Rechte der Bergleute als amerikanische Bürger verletzt werden.

Unser erstes Ziel erreichten wir weitgehend. Drei Ladungen Lebensmittel, die wir nach Pineville brachten, gelangten an die Menschen, für die sie bestimmt waren, trotz des sehr herausfordernden Dazwischentretens von Beamten und Bergwerksaufsehern. Anders stand es mit den letzten zwei- oder dreihundert Pfund Gefrierfleisch, die von einem Beamten, der mit Kanonen drohte, gestohlen waren. Anders stand es auch mit dem vierten Wagen voll Kleidungsstücken, die, glaube ich, aus Cincinnati stammten. Dieser Wagen sollte sich eigentlich den übrigen anschließen, kam aber schon eine Stunde vor uns in Pineville an. Polizisten sprangen auf den Wag auf, fuhren ihn acht Meilen aus der Stadt hinaus auf einen Seitenweg, wo sie ihn umkippten. Später hörten wir, daß der Wagenführer angeschossen und verwundet worden war. Was aus den Kleidern geworden ist, weiß ich nicht.

Unser Versuch, das zweite Ziel unserer Reise zu erreichen, endete mit einem völligen Fehlschlag.

Was unser drittes Ziel anbetrifft, so stellten wir mit völliger Sicherheit fest, daß weder die Bergleute noch diejenigen, die versuchen, ihnen zu helfen, irgendwelche gesetzlichen Rechte im Kohlenbezirk von Kentucky haben. Wir selber wurden andauernd von Polizisten behütet, die uns zweimal, ohne irgendeinen Grund, auf die Polizei schleppten. Zuletzt wurden wir von einer Bande (night riders) entführt, die im Einverständnis mit den Ortsbehörden „arbeiteten“.

Klassenkampf.

Unverhüllter Klassenkampf wütet in Süd-West-Kentucky. Auf der einen Seite stehen die Grubenbesitzer, die von den Grubenbesitzern angestellten Aerzte und Rechtsanwälte und abhängige Kaufleute und Beamte. Auf der anderen Seite stehen die Bergarbeiter. Auf der einen Seite die Bewohner der Landsitze; auf der anderen die Menschen, die in Zelten, armseligen Hütten und Höhlen wohnen, weit fort, hinter den Hügeln.

Löhne und Essen.

Die Löhne im Kohlengebiet von Kentucky sind seit langem auf einem Stand angelangt, den man sonst in diesem Land für unmöglich hält. Viele Arbeiter arbeiten zwei Tage in der Woche, nur wenige mehr als vier. Zwei oder drei Dollar die Woche sollen Durchschnittslöhne sein. Dafür kann eine Familie nicht viel Lebensmittel kaufen. Die meisten Bergarbeiter leben von Suppe, Bohnen und Roggenbrot, auf das sie vielleicht noch eine dünne Sauce aus Mehl und Schmalz gießen.

Der Streik der Bergarbeiter geht eigentlich um nichts anderes als um das Recht aufs Essen. Die Unternehmer haben alles auf ihrer Seite, — Geld, Waffen, die Presse, die öffent-

Der Panther.

Sein Blick ist vom Vorübergehn der Stäbe so mild geworden, daß er nichts mehr hält. Ihm ist, als ob es tausend Stäbe gäbe und hinter tausend Stäben keine Welt.

Der weiche Gang geschmeidig starker Schritte, der sich im allerkleinsten Kreise dreht, ist wie ein Tanz von Kraft um eine Mitte, in der betäubt ein großer Wille steht.

Nur manchmal schiebt der Vorhang der Pupille sich lautlos auf. Dann geht ein Bild hinein, geht durch der Glieder angespannte Stille — und hört im Herzen auf zu sein.

Rainer Maria Rilke.

Bemerkungen zu dem Leopardenprozeß.

I. H. „Auf der Anklagebank lag das Fell des Leoparden „Nannosh“.“

Das Fell — nicht mehr vermittelnd das einstige Spiel der Glieder, die Anmut eines jungen Tieres, nicht einmal mehr wiedergebend den Ausdruck der Hilflosigkeit eines Gefangenen.

Machte sich irgendeiner im Gerichtssaal Gedanken darüber, daß hier fortwährend Unrecht an einem Tier begangen worden war?

Denn kaum hatte es der Leopard erlebt, in der Stoppel frei und wild umherzustreichen, mit scharfen Sinnen ausichtsreichen Fahrten nachzuspüren, als man ihn in die engen Wände eines Zimmers sperrte.

Man verging sich gegen seine Natur, und er versäumte nicht, es ihnen zu zeigen; allzu deutlich — denn ein Kind hat mit dem Tod die Schuld von Erwachsenen zahlen müssen. Aber den Menschen blieben die Augen seinem Leben gegenüber noch immer verschlossen. War denn überhaupt

liche Meinung der „besseren Elemente“ und vor allem das Gesetz, das ihr eigenes Gesetz ist. Die Bergarbeiter haben keine andere Stütze als ihre Gewerkschaft, darum kämpfen sie auch für sie, trotz aller Waffen, die gegen sie angewandt werden.

Kanonen.

Kanonen sind die gefährlichsten dieser Waffen, wenn ich auch bezweifle, daß sie die erfolgreichsten sind. Seit dem Kriege habe ich nie so viele Kanonen gesehen, wie jetzt in Kentucky aufgestellt sind. Bei der Einfahrt nach Pineville hatte ich genau dasselbe Gefühl wie 1917 bei einer Fahrt von einer französischen Eisenbahn nach den Schützengräben in der Frontlinie.

Bewaffnete Polizistentruppen erwarten uns in der Stadt. Polizisten waren unter den Massen von Bergarbeitern, die sich im Hofe des Gerichtsgebäudes angesammelt hatten. Wir hielten vor dem Büro von W. J. STONE, dem Rechtsanwalt der Arbeiter, um mit ihm zu sprechen. „Stellen Sie sich nicht so nah ans Fenster“, sagte jemand, „sie haben ihre Kanonenrohre hierher gerichtet.“ Ich blickte über die Straße: Im dritten Fenster im dritten Stock des Gerichtsgebäudes sah ich die schwarzen Rohre von Maschinengewehren; sie beherrschten die Massen der Arbeiter dort unten. Ich merkte, daß Lebensmittel nach Kentucky zu bringen etwa dasselbe ist, wie Margariten in „Niemandland“ zu pflücken.

Nach unserer Besprechung mit STONE gingen wir zu Brooks, dem Bürgermeister von Pineville, dem wir schon früher geschrieben hatten. Wir trugen unsere Wünsche vor, die sehr bescheiden waren: Wir wollten unsere Wagen zu den Wohlfahrtsbüros fahren (wir wußten ja nicht, daß es schon geschlossen worden war). Wir wollten die Wagen ausladen und die Lebensmittel unter den Bergleuten verteilen; die hereingekommen waren, um uns zu begrüßen; wir wollten mit den Bergleuten sprechen und ihre Klagen hören, wenn sie welche hatten, und feststellen, ob die Unterstützung, die ihnen geschickt worden war, abgefangen worden sei. Man hat uns gesagt, daß unsere Forderungen im Rahmen der verfassungsmäßigen Rechte des Landes seien; — der Bürgermeister verweigerte trotzdem sie. Als wir schon an der Tür waren, erklärte uns der Bürgermeister, wenn wir versuchen würden, Lebensmittel in Pineville zu verteilen, würden wir eingesperrt werden; wenn wir mit den Bergarbeitern reden würden, würden wir eingesperrt werden. Wir dürften keine Flugblätter drucken oder verteilen, sonst würden wir eingesperrt werden. Wir dürften keine Bergleute in unsere Hotelzimmer einladen, sonst würden wir wegen Abhaltens von Versammlungen eingesperrt werden!

Entführt und geschlagen.

Um 10.30 Uhr abends, nachdem einige von uns zu Bett gegangen waren, wurden wir alle festgenommen: Eine halbe Stunde später, auf der Polizei, beantragte der Staatsanwalt, daß das gegen uns eingeleitete Verfahren wegen strafbaren Verhaltens auf öffentlichen Plätzen — „mangels Vorliegens einer Anklage fallen gelassen werden sollte.“ Die Sache fing an, uns nicht ganz geheuer vorzukommen; wir fürchteten, irgend ein besonderer Grund läge vor, weshalb sie uns zusammengesammelt hatten, aber uns wurde nur gesagt, daß wir ins Hotel zurückkehren sollten.

Dort, in der Vorhalle, erwartete uns eine bewaffnete Menge von Polizisten, Bergwerksbesitzern und Kaufleuten, — „Nachtreiter und Bürger“ nannten sie sich — die uns sagten, daß wir den Staat sofort verlassen sollten; wenn wir je wieder zurückkämen, geschähe es auf unsere Gefahr!

Solch ein Ereignis ist wie ein Traum, wie etwas, das den Willen tötet. Sie drängen einen aus dem Hotel, befahlen einem, in ein Auto einzusteigen. Unsere Kolonne verließ die Stadt. Die Lichter glitten über die Hügel von Kentucky,

ein anderer Ausweg denkbar, als ihm endlich die Freiheit wiederzugeben? Aber so einfach zu denken hat die Polizeibehörde verlernt; man erschöß ihn lieber.

Als ein Zeichen, daß viele den Leoparden zur Strecke gebracht, lag das Fell auf der Anklagebank.

Während der Verhandlung ließ man einen Film laufen. Der Angeklagte wollte damit die „Zähmheit“ des Leoparden beweisen. Kannte er seinen Freund „Nannosh“ so wenig, daß er zu diesem lächerlichen Schauspiel griff? Wohl ging ihm „Nannosh“ etwas an, und es war gewiß nicht Trug, daß ihm bei Vorführung des Films „das Wasser in die Augen trat“.

Aber ein Tier zu lieben, und doch die Interessen des Tieres erst mit Füßen zu treten, dann dieses Interesse zu verleugnen, das spricht wahrlich von großer Verwirrung der Gefühle.

Noch fataler mutet es an, daß dieser „Tierliebhaber“ für den Mißbrauch seiner Gefühle 10 000 Mark Schadenersatz haben will, indem er einen Prozeß anstrengt, um das ihm künftig entgehende Honorar für „Nannoshs“ Auftreten im Film bezahlt zu bekommen. Denn das war ihm eine wichtige Einkommensquelle: wenn in Neubabelsberg Afrika-Filme gedreht wurden, lieferte er — in diesem Fall — das wilde Tier. Es fällt schwer, sich des Verdachtes zu erwehren, daß die viel gepriesene Tierliebe zum Teil auf materialistischer Grundlage ruhte.

Alle noch so schönen Gefühle des Angeklagten gegenüber einem Tier schützten ihn nicht davor, in der Uferlosigkeit seiner eigenen Interessen zu versacken, da ihm der sichere Kompaß fehlte, das Bewußtsein der Pflicht gegenüber dem Tier und gegenüber anderen Wesen.

Diese bittere Wahrheit liegt dem Prozeß zu Grunde, aus dem man fälschlich die „Tragik eines Tierliebhabers“ machte.

„Es ist der untrügliche Maßstab für die Rechtheit des Geistes einer Gesellschaft, wie weit sie die Rechte der Tiere anerkennt. Denn, während die Menschen sich nötigenfalls, wo sie als Einzelne zu schwach sind, um ihre Rechte

manchmal vom Wege ab, um ein Stück Gebirge, einen schwarzen Fleck Himmel zu beleuchten.

An der Kentucky-Straße ist eine Art gepflasterter Halbkreis, wo Autofahrer anhalten können, um sich an dem Anblick dreier Staaten zu erfreuen; dort hielt der Wagen; jemand befahl, daß die Lichter ausgelöscht würden; Menschen bewegten sich in der Dunkelheit. Plötzlich hörte ich in zehn Meter Entfernung einen Schrei, leise durchdringend, andauernd.

Die Geschichte des Ueberfalls (beating) ist — ob berechtigt oder unberechtigt — zu oft erzählt worden, als daß ihre Wiederholung lohnte. Wenn ich zurückblicke, bin ich überzeugt, daß es eine Verschönerung innerhalb einer Verschönerung war. Sie war planmäßig durchgeführt worden, aber viele Menschen in dieser Masse wohlhabender Menschen wußten vorher nichts davon und waren nachher auch nicht damit einverstanden. WALDO FRANK (einer der Begleiter COWLEYS) bewahrte während der ganzen Zeit eine bewundernswerte Ruhe; das Ausmaß seiner Verwundung bemerkte er erst, als er verbunden wurde. TAUB (ein anderer Begleiter) war derjenige, der schrie und vielleicht dadurch beiden das Leben rettete. Bald danach ließen sie uns mit Beschimpfungen gehen.

Lohnkonflikt im Berliner Baugewerbe.

Der „Vorwärts“ meldet:

„Auf Anweisung ihrer Zentrale haben die Berliner Arbeitgeberverbände des Baugewerbes zu den Lohnverhandlungen für das Vertragsgebiet Berlin aufgefordert. Bei der ersten Fühlungnahme am 9. März forderten die Unternehmervertreter, den Stundenlohn von 1,25 Mark auf 1,05 Mark herabzusetzen. Sie fordern weiter, das neue Lohnabkommen bis zum 31. Oktober 1932 zu befristeten, von da ab sollte es mit monatlicher Kündigung gelöst werden können.“

Um das Privatkapital für den Wohnungsbau zu interessieren, sei es notwendig, daß die Baukosten auf die unterste Grenze herabgeführt werden. Die Herren beriefen sich hauptsächlich auf die Weigerung des Reichsarbeitsministers, die von ihm durch Notverordnung festgesetzten Löhne für allgemeinverbindlich zu erklären. Das alte Argument, die Löhne des Baugewerbes mit den Löhnen in der Metallindustrie zu vergleichen, mußte auch diesmal wieder herhalten. Die Unternehmer forderten außerdem die Aufnahme einer Bestimmung in den Bezirkstarifvertrag, wonach sie jederzeit die Möglichkeit hätten, falls der Reichsarbeitsminister auch die jetzt festzusetzenden Löhne nicht für allgemeinverbindlich erklären sollte, wiederum neue Lohnverhandlungen zu beantragen.

Die Arbeitervertreter erklärten, daß sie zu diesen ungeheuerlichen Anträgen keine Stellung nehmen können, sie müßten ihre Mitglieder davon verständigen. Sie unterbreiteten aber den Unternehmern gleichzeitig ihre Forderungen:

Einführung der vierzigstündigen Arbeitswoche im Berliner Baugewerbe, Festsetzung des jetzt bestehenden Lohnes bis zum 2. März 1933 und Vertagung der Verhandlungen auf einen späteren Zeitpunkt.

In der Verhandlung am 18. März erklärten die Arbeitervertreter, daß eine Verhandlung über die Lohnhöhe solange nicht stattfinden könne, bevor nicht über die Arbeitszeit eine Einigung erzielt sei. Den Unternehmern wurde entgegengehalten, daß sie innerhalb eines Jahres einen 33prozentigen Lohnabbau fordern. Ihr Argument, bei gesenkten Löhnen würde eine stärkere Beschäftigung im Baugewerbe einsetzen, könne niemand überzeugen, weil die Tatsachen das Gegenteil beweisen. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß dem Reichsarbeitsministerium klargemacht werden müsse, daß es sein Interesse für das Baugewerbe auf die Arbeitsbeschaffung für das Baugewerbe konzentrieren möge.

Da die Unternehmer erklärten, auf ihren Forderungen zu bestehen, wurde von den Arbeitervertretern erklärt, daß bei ihnen offenbar kein Interesse für den Abschluß eines Lohnabkommens vorhanden sei. Daraufhin wurden die Verhandlungen als gescheitert erklärt. Auch eine Vereinbarung über die eventuell anzurufenden Instanzen (staatliche Schlichtungsinstanz oder Tarifinstanz) kam nicht zustande. Es ist damit zu rechnen, daß die Unternehmer den staatlichen Schlichtungsausschuß anrufen werden.“

wahrzunehmen, durch Koalition, vermittelt der Sprache, zu allmächtiger Erziehung ihrer Rechte zusammenschließen können, ist die Möglichkeit solcher Selbsthilfe den Tieren versagt, und es bleibt daher allein der Gerechtigkeit der Menschen überlassen, wie weit diese von sich aus die Rechte der Tiere achten wollen.“ Leonard Nelson.

Zahlen von Kindernot.

F. S. Die „Freie weltliche Schule“ veröffentlichte kürzlich Material über Erhebungen einer Volksschule, die einen Einblick gewähren in die Verhältnisse, unter denen Proletarinder heute leben. Es sind an Eltern von etwa 350 Kindern Fragebogen versandt. 188 Familien mit insgesamt 604 Kindern haben die Fragen beantwortet. In diesen 188 Familien sind 93 Väter erwerbslos, 6 sind Invaliden, 12 Mütter sind Witwen, 27 Väter sind Kurzarbeiter, nur 47 stehen noch in Arbeit, 3 haben hierzu keine Angaben gemacht.

Von den 188 Familien wohnen 21 je in nur 1 Zimmer; 58 je in nur 2 Zimmern; 67 Familien haben je 3 Zimmer, 40 Familien haben je 4 Zimmer und 2 Familien haben über die Größe der Wohnung keine Angaben gemacht.

Von 277 Kindern schlafen nur 61 jedes in einem Bett für sich, 164 müssen ihr Bett mit einem Schlafgenossen teilen, 49 schlafen je mit 2 andern zusammen, und 3 sogar mit je 3 andern.

35 Kinder haben jedes nur 1 Hemd, 105 haben je 2 Hemden, 58 haben je 3 Hemden, 31 haben je 4 Hemden. 106 Kinder haben kein Unterzeug, 36 Kinder haben nur einmal Unterzeug, 63 Kinder haben nur 1 Paar Strümpfe, 115 Kinder haben nur 2 Paar Strümpfe, 11 Kinder haben keine Schuhe, 89 Kinder haben keinen Mantel.

Solche Erhebungen sind zu begrüßen. Sie zeigen, wie es mit der Not des Arbeiters bestellt ist. Es ist schwer zu verstehen, daß dieses Elend so geduldet und ohne Empörung ertragen wird. Wir empfehlen den Gewerkschaften dieses Material zur Beachtung. Sie tragen die Verantwortung dafür, daß die Verelendung der Arbeiter diesen Umfang angenommen hat, ohne daß ein planmäßiger Widerstand organisiert worden ist. Es wird Zeit, daß das Stauer herumgeworfen wird!

Arbeitersorgen. 6129 000 Arbeitslose.

Noch keine Frühjahrskonjunktur.

h Berlin, 22. März.

Die Zahl der Erwerbslosen belief sich nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. März am 15. März auf 6 129 000 gegen 6 128 000 am 29. Februar. Die Arbeitslosenversicherung erfuhr eine Entlastung um rund 115 000 auf rund 1 736 000 Hauptunterstützungsempfänger, während in der Krisenfürsorge eine weitere Belastung um rund 43 000 auf rund 1 717 000 Hauptunterstützungsempfänger eintrat.

Die Zahl der von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen betrug Ende Februar rund 1 838 000, während zur gleichen Zeit über 3,5 Millionen Arbeitslose in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge betreut wurden.

Das Urlaubsabkommen im Ruhrbergbau.

Zechenverband lehnt Schiedsspruch ab.

1 Essen, 22. März.

Wie der Zechenverband mitteilt, wird er „die Unmöglichkeit“ des am Montag vom Schlichter in der Urlaubsfrage für den Ruhrbergbau gefällten Schiedsspruches, der eine Verlängerung des Urlaubsabkommens vom vorigen Jahre um ein Jahr vorsieht, bei den voraussichtlich am 30. März im Reichsarbeitsministerium stattfindenden Nachverhandlungen darlegen.

Der Zechenverband hatte eine Kürzung der Urlaubszeit und des Urlaubsgeldes um 50 Prozent verlangt. Die Gewerkschaften hatten dagegen festgestellt, daß der finanzielle Anteil desurlaubes an der Gesamtlohnsomme sehr gering ist.

Um die Stilllegung einer Grube.

Protest der Belegschaft wirkungslos.

a Kattowitz, 22. März.

In Warschau hat eine Abordnung der Belegschaft der „Gräfin Laura“-Grube gegen die beabsichtigte Stilllegung der Grube Einspruch erhoben. Der Arbeitsminister versicherte, daß im Falle einer Stilllegung den Gemeinden Königshütte und Orzow die Genehmigung für eine Weiterführung der Betriebe erteilt werden würde, vorausgesetzt, daß sich die jetzigen Besitzer der Grube bereit erklären, den Betrieb probeweise an die Gemeinde zu verpachten. Da dies unwahrscheinlich ist, ist die „Versicherung“ des Arbeitsministers ein bloßes Abspoisen der protestierenden Arbeiter.

Neue Verhandlungen. Aus dem Ruhrgebiet.

Keine Einigung über Arbeitszeitverkürzung.

1 Essen, 21. März.

In den Verhandlungen unter dem Vorsitz des staatlichen Schlichters Professor Dr. BRAUN zwischen dem Arbeitgeberverband der Nordwestgruppe und den Angestelltengewerkschaften wurde keine Vereinbarung über die Regelung der Arbeitszeitfrage erzielt.

Das Ergebnis:

1. Die Verhandlungen über den Abschluß eines Kurzarbeitsabkommens werden bis Ende April vertagt.
2. Das Gehaltsabkommen wird Ende April nicht gekündigt werden.

Der gegenwärtige Zustand der betrieblichen Regelung der Kurzarbeit darf bis zum 30. April nicht zum Nachteil der Angestellten geändert werden. Kurzarbeit, die zum 1. April angekündigt ist und über deren Maß noch nichts abgemacht ist, darf einen Abzug von höchstens 15 Prozent bringen. Die sozialen Zulagen bleiben von allen Kürzungen unberücksichtigt.

Zuchthausstrafe für Körperverletzung — natürlich nur bei Kommunisten, die Nazis verprügeln!

Das Schnellgericht in Görlitz verurteilte am Mittwoch den Matrosen MUSCILLA zu einem Jahre Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust, den Arbeiter ULBERT und den Dachdecker GUMPERT zu je einem Jahr Gefängnis und je drei Jahren Ehrverlust, den Arbeiter PETZOLD und den Fensterputzer HOEROLD zu je neun Monaten Gefängnis und je zwei Jahren Ehrverlust. Die ersten drei Angeklagten wurden in Haft genommen. Die ersten vier Angeklagten gehören der Kommunistischen Partei an und hatten Zettelverteiler der NSDAP am Vorabend der Reichspräsidentenwahl überfallen und mißhandelt.

Dresdener Bürgermeister von der SP zu den NS.

Untersuchungsausschuß gegen ihn.

g Dresden, 22. März.

Die Dresdener Stadtverordnetenversammlung faßte über den von den Sozialdemokraten zu den Nationalsozialisten übergetretenen Bürgermeister Dr. BÜHRER in nichtöffentlicher Sitzung auf Antrag des Stadtverordnetenvorstehers FISCHER II (DVP) einen Beschluß, in dem u. a. heißt: Wegen der vom Finanzamt ohne Zustimmung von Rat und Stadtverordnetenversammlung in den Jahren 1929—31 getätigten Ankäufe von deutscher Anleiheablosungsschuld ist sofort ein aus fünf Mitgliedern bestehender Untersuchungsausschuß einzusetzen.

Weiter wurde folgender Antrag des Vorstandes der Stadtverordneten zum Beschluß erhoben: 1. den Oberbürgermeister zu ersuchen, Bürgermeister Dr. BÜHRER von der Tätigkeit als Leiter des Finanzamts zu entbinden und 2. das Dienststrafverfahren gegen Bürgermeister Dr. BÜHRER einzuleiten, u. a. weil er in einem weit über die Belegung verfügbarer Kasernenbestände hinausgehenden Umfang Spekulationspapiere ohne erkennbare Notwendigkeit angekauft und all diese Geschäfte ohne Mitbeteiligung des Oberbürgermeisters oder einer anderen städtischen Geschäftsstelle durchgeführt habe.

Wie die Dresdener Nachrichtenstelle mitteilt, hat Bürgermeister Dr. BÜHRER erklärt, daß er selbst das stärkste Interesse an einer schnellen und restlosen Klärung der Tatbestände habe und deswegen auch von sich aus ein Disziplinarverfahren wünsche. Gleichzeitig hat er gebeten, ihn von den Geschäften des Finanzamtes bis auf weiteres zu entbinden. Oberbürgermeister Dr. KÜLZ hat darauf Dr. BÜHRER mit der Führung des Wohnungsamtes betraut.

Wirtschaftspolitische Ausspracheabend.

Der nächste wirtschaftspolitische Ausspracheabend findet statt am

Dienstag, dem 5. April, um 19 Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, Saal 3 oder Saal 5. Zutritt haben alle freigewerkschaftlich organisierten Kollegen und Kolleginnen. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich — ein besonderer Hörerbeitrag wird nicht erhoben. Leiter der Aussprache ist der Genosse Dr. OTTO SUHR. Der übernächste Abend findet statt am 19. April.

Achtung Postbezieher!

In diesen Tagen muß das Post-Abonnement auf den „Funken“ erneuert werden. Nach dem 28. März erhebt die Post für den Bezug im kommenden Monat Verspätungsgebühren. — Das Abonnement kostet monatlich 2 M, zuzüglich 86 Pf. Bestellgeld.

Bier billiger.

h Berlin, 22. März.

Nach mehrtägigen Verhandlungen zwischen dem Reichspreiskommissar einerseits und den Brauereien und Gastwirten andererseits ist es zu einer Einigung über die Bierpreissenkung gekommen. Die Brauereien senken den Bierpreis um 2,25 Mark und die Gastwirte den Ausschankpreis außerdem um die gleiche Summe pro Hektoliter. Die Preissenkung tritt bei den Brauereien sofort in Kraft, bei den Gastwirten am Sonnabend. Die Senkung beträgt einschließlich der Biersteuersenkung in Höhe von 7 Mark insgesamt 11,50 Mark pro Hektoliter.

Der DASB (Deutscher Arbeiter-Sänger Bund), 9. Bezirk, veranstaltet am 2. Osterfeiertag, 28. März 1932, im Orpheum, Hasenheide 32-38, Eingang Gräfenstraße (Nähe Hermannplatz) eine Morgenfeier. Zur Aufführung gelangen u. a. Chorwerke von Tieszen, Knöchel, Gerster und Rosebery d'Arguto, auf dessen Gesang- und Bewegungsschor „Schritte im Gefängnis-hof“ wir besonders wegen seiner Neuartigkeit hinweisen. Dirigenten: Rosebery d'Arguto, G. O. Schumann, Mitwirkende: Kinderchor, Bewegungsschor Rosebery d'Arguto und Martha John. Beginn: 11 Uhr. Eintrittspreis 0,25 M.

Rundfunksendungen,

die wir zur Beachtung empfehlen.

Donnerstag, den 24. März.

Breslau:

19.30 ER. MARCKS: Zur Abrüstungsfrage.

22.35 JOS. TREUTLER: Aus dem Aufgabengebiet des Arbeiter-Esperantisten.

Königs wusterhausen:

18.50 Gewerkschaftssekretär MEYSTRE: Umbau, nicht Abbau der Sozialversicherung.

21.15 Pater FRIEDR. MUCKERMANN: GOETHE, der Weise.

Wien:

17.05 Orchesterkonzert.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Wochenrundschaue und Briefkasten.

Freitag, den 25. März.

Mühlacker:

16.30 BEETHOVEN-Konzert.

Mehrere Sender bringen die MATTHÄUS-Passion zu Gehör, und zwar:

19.20 Hamburg.

18.00 Leipzig und Wien.

18.30 Mühlacker.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Wer, und wie wird in den Sowjet gewählt?

BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name

Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsgesellschaft GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5999. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG

8. HEFT

MÄRZ 1932

INHALT:

ALEXIS BARANOFF:

Wohin treibt China?

FRITZ GROB:

Für die Einheitsfront!

Zum Nachdenken:

Selbsterkenntnis — oder Konkurrenzfeld?
Konfessions-Statistik.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes.
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe
Internationale Verlagsanstalt G., Berlin S 14, Inselstr. 8a

GÖTTINGEN

Decken Sie Ihren Osterbedarf aus
meiner großen Fülle von
billigen Angeboten

Louis Gräfenberg

Göttingen, Weender Straße

Seit 1864

im alleinigen Besitz der alleingeborenen Familie Gräfenberg

Arbeiterkinderhelm

Mützen a. d. Oertze, Kr.Celle, nimmt ab Ostern
wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M., Kinder
unter 10 Jahren 1,— M.

Etty Gräffe

MAGDEBURG

Elegante und praktische
Herren- und Damenkleidung
nach Maß fertigt sauber und billig an
RUDOLF SCHÖNHEIT
Stoffmuster in reichlicher Auswahl stets vorrätig.
Magdeburg, Otto-von-Guericke-Str. 104, H. v. I

Apfelsaft

naturrein und ungegoren,
hervorragend zur Frühjahrskur,
bestes Tafelgetränk
10 Flaschen RM 5,40
Versand per Bahn

Frischkost-
Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

Freunde
und Leser des
„Funken“!

Unterstützt
Euro
Zeitung!

Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Gewinnt bei Einträgen
unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her!

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat
für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Seben erschien:

ZUR JUGENDWEIHE

Leinenkassette Preis: 2,25 Mark

Diese geschmackvoll ausgestattete Kassette, die sich vor allem als
Jugendweihe-Geschenk sehr gut eignet, enthält folgende Schriften:

- Minna Specht: Vom Sinn der Jugendweihe · Leonard Nelson;
- Nicht bürgerliche, sondern proletarische Bildungsarbeit · Minna
- Specht: HERMANN LIETZ Gedächtnisrede · Hellmuth
- Falkenfeld: Philosophen für und wider die Revolution

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a

Landagitation.

A. W. In R. gehen wir zu einem Arbeiter und bieten den „Funken“ an. Obgleich in der Küche eine Wasserleitung ist, kommt der Mann mit zwei Eimern Wasser vom mindestens fünf Minuten entfernten Brunnen. „Nanu, warum schleppen Sie denn Wasser vom Brunnen heran?“ „Der Verbrauch von Leitungswasser wird mit einem Wasserzähler kontrolliert. Leitungswasser zum Viehtränken zu nehmen, ist viel zu teuer; als Erwerbsloser habe ich ja Zeit genug, Wasser heranzuholen.“

Eine große, unglaublich schmutzige Wohnküche, darin ein Bett, das schon sehr lange nicht mehr frisch überzogen worden ist. Eine rüstige alte Frau mit stahlblauen, leuchtenden Augen und ganz weißem Haar wischt schnell mit der Schürze einen Stuhl ab und entschuldigt sich wegen der Unsauberkeit im Zimmer, die ihr sichtlich peinlich ist. Sie kommt einfach nicht mehr durch mit der Arbeit. Hilfe? Nein, ihr hilft niemand. Sie muß im Gegenteil eine etwas schwachsinnige, unverheiratete Tochter und deren Kinder mitdurchbringen. Das erste Kind bekam die Tochter, als sie noch minderjährig war. Als sie ein zweites Kind bekam, reichte die Mutter eine Klage auf Alimente gegen den Freund ein. Sie wurde abgewiesen, weil der Freund Kameraden veranlaßt hatte, auch mit der Schwachsinnigen zu verkehren. Die Mutter gab die Tochter in eine Anstalt, um sie zu schützen. Dort wurde sie als „gefallenes Mädchen“ so hart behandelt, daß die Mutter sie wieder zu sich nahm. Jetzt geht die Unglückliche mit dem dritten Kinde. Und wieder kein Anspruch auf Alimente! Dabei sind es nicht etwa Fremde, sondern Bekannte, die den Schwachsinn des Mädchens ausbeuten. Keine öffentliche Meinung, kein Gesetz, die die Unglückliche schützen. Die alte Frau plagt sich bis in die Nacht, um mit ihrem Stückchen Land und etwas Kleinvieh sich und die Kinder durchzubringen. Zum Zeitunglesen, zu politischen Dingen findet die rege, rechtliche alte Frau keine Zeit.

Auf der Landstraße trifft man jetzt viele Erwerbslose. Zwei aus einem Ackerbaustädtchen bitten um Brot. Sie erhalten so wenig Unterstützung, daß sie die benachbarten Dörfer im Umkreis von 15 bis 20 km abstreifen, um Brot zu hamstern.

Ein altes Ehepaar. Die Frau ergreift das Wort: „Eine Zeitung? Nein. Politik kann uns nicht aus der Not befreien. Daß die Welt heute so schlecht ist, liegt nur daran, daß heute niemand mehr an Gott glaubt. Nicht einmal die Pfarrer sind mehr rechte Gotteskinder. Sie können mich auslachen, aber ich bete jeden Abend für die Menschen, die ich kenne. Ich werde auch für Sie beten.“

„Ein Heft kaufen? Heute unmöglich! Wir haben großes Unglück gehabt. Uns ist eine Kuh eingegangen. Wir haben das Tier nicht einmal an den Abdecker verkaufen können; der Transport war zu teuer. Wir haben es im Garten vergraben. Die Nachbarn sind so in Not, daß sie sich Fleisch aus dem Kadaver schneiden als Schweinefutter.“

Ein politisch interessierter Erwerbsloser will den „ISK“ nicht kaufen, da er alle entbehrlichen Pfennige der Eisernen Front gegeben habe. Wir kommen auf die Einheitsfront von unten zu sprechen. Er ist sehr bedenklich. Eine gemeinsame antifaschistische Aktion in seinem Ort ist zerfallen, weil keine parteipolitische Neutralität gehalten wurde. „Genosse, du verlangst zuviel, von heute auf morgen werden wir die zerfallene Einheitsfront nicht wieder schaffen können. Dazu gehört eine hartnäckige Arbeit, die sich durch Mißerfolge nicht abschrecken läßt. Für eine solche Arbeit wirbt der „Funke“. Der Mann legt mir darauf ohne weiteres 10 Pf. für den „Funken“ hin.

Das für die Arbeiter beste Wahlergebnis im Kreise M., in dem nahezu die Hälfte der Wähler für HITLER gestimmt und nur ein Elftel für THÄLMANN, hat das Dorf K. Dort hat THÄLMANN ein Drittel der Stimmen erhalten. In diesem Dorf besteht seit Jahren eine Arbeiter-Einheitsfront für alle Dorfangelegenheiten. Daher konnte dort HITLER nur ein Drittel der Stimmen erobern.

Robert Koch.

(1843—1910.)

Am 24. März 1882 fand in Berlin eine Sitzung der Physiologischen Gesellschaft statt. Ihr Lokal war klein und einfach, aber die Spitzen der deutschen Wissenschaft, die Träger der glänzendsten Namen zierten es durch ihre Anwesenheit. PAUL EHRLICH war da und der große VIRCHOW, der erst vor kurzem den närrischen Mikrobengänger und seine Ideen über die Bazillen als Krankheitserreger höhnisch abgewiesen hatte; daneben so ziemlich alle berühmten Krankheitsbekämpfer von Deutschland.

Nun stand dieser neue Mann auf und hielt die bebrillten Augen dicht an seine Manuskripte, in denen er herumsuchte. Mit wunderbarer Bescheidenheit berichtete ROBERT KOCH diesen Männern, wie er es gemacht habe, den unsichtbaren Mörder jedes siebenten Menschen aufzuspüren. Ohne die Mätzchen der Redner, ohne auch nur die Stimme zu heben und zu senken, teilte er den versammelten Feldherren im Kriege der Menschheit gegen Krankheit und Tod die einfache Tatsache mit, daß fortan die Aerzte der ganzen Welt alle Lebensgewohnheiten des unsichtbaren Feindes kennenlernen konnten, dessen Leben für so viele Menschen den Tod bedeutet. Er konnte ihnen die Stellen angeben, wo der Feind lauerte, die Zustände, aus denen er seine Kraft holte. Er zeigte ihnen, wie seine Schwäche angegriffen werden konnte, und wie man es anzufangen hätte, ihn zu vernichten, ihn auszurotten aus der Reihe der Lebewesen.

Schließlich setzte sich KOCH wieder an seinen Platz und wartete auf die Diskussion, auf die unvermeidlichen Argumente und Einwendungen, mit denen jeder Neuerer zu rechnen hat. Aber kein Mensch rührte sich, kein Wort wurde erwidert. Aller Augen richteten sich nun auf VIRCHOW, auf den Großmeister der deutschen Wissenschaft, den Jupiter, dessen bloßes Stirnrund schon so manche anspruchsvoll auftretende Theorie neuerungssüchtiger Pathologen ins Nichts geschleudert hatte. Aller Augen sahen hin, und VIRCHOW erhob sich, aber nur um seinen Hut zu nehmen und das Lokal zu verlassen. Er hatte nichts zu erwidern.

Arbeitsdienstpflicht in Bulgarien erhöht.

t Sofia, 22. März.

Der bulgarische Bautenminister JORDANOFF, dem die Leitung der Arbeitsdienstpflicht untersteht, hat angedeutet, daß im laufenden Jahre die Zahl der Dienstpflichtigen verdoppelt wird. Es werden also etwa 35 000 Mann zur Dienstleistung einberufen werden. Der Haushalt des Bautenministeriums wurde um 25 Prozent herabgesetzt, jedoch der Posten Arbeitsdienstpflicht um 30 Millionen Lewa (9,9 Mill. Mark) erhöht. Der Minister erklärte, die scharfe Krise in Bulgarien sei am besten durch eine allgemein erhöhte Arbeitsleistung des Volkes, die staatlich organisiert und ausgenutzt werde, zu überwinden. Die privaten Unternehmer und auch die vom Staat an private Unternehmer vergebenen Arbeiten leiden unter der Krise, wichtige Bauarbeiten müssen eingestellt werden, der Fortschritt des Landes ist dadurch gehemmt. Um dem abzuhelfen, um Straßenbauten, Brückenbauten, Flußregulierungen zur Vermeidung von Überschwemmungen fortführen zu können — Arbeiten, die die Städte und Gemeinden und auch der Staat als Arbeitgeber mit ihren Mitteln jetzt nicht erledigen können — werden durch verstärkten Einsatz der Arbeitsdienstpflichtigen soweit als möglich durchgeführt. Der Minister hat dafür das Wort der „wirtschaftlichen Mobilisation“ geprägt. Wie im Kriege die Heerespflichtigen zur Abwendung einer äußeren Gefahr unter die Fahnen gerufen werden, so werden jetzt in einer kritischen Wirtschaftszeit die Dienstpflichtigen der friedlichen Arbeitsarmee einberufen.

Zu dieser Arbeitsdienstpflicht schrieb uns vor einigen Monaten ein bulgarischer Genosse, der eingestellt worden war: „Die Arbeiter bekommen während der Dienstzeit keine Entschädigung, lediglich eine sehr dürftige Unterkunft und Verpflegung. . . Die Arbeitszeit beträgt 10 bis 12 Stunden. . . Auf etwa 15 Arbeitsdienstpflichtige kommt ein Beamter. Diese Beamten sind meist ehemalige Offiziere. . . Nach § 3 des Gesetzes hat jede Person . . . die Möglichkeit, sich . . . loszukaufen. Die Loskaufsumme beläuft sich auf 270 bis 200 Mark.“

Im Rechnungsjahr 1929-30 betrug die Steuereinnahme aus dem Loskauf rund 3 Millionen Mark, was bedeutet, daß die Dienstpflicht fast allein auf dem Proletariat ruht.

Der Staat rechnet zur Zeit mit täglichen Unkosten von 1,50 Mark pro Mann und einem Nutzeffekt von 2,10 Mark. Die „Tat“ erlaubt sich das Urteil, daß die bulgarische Dienstpflicht „nach den Anfangsschwierigkeiten in eine gesunde Rentabilität hineingewachsen sei“. „Auch aus den Neuerungen kleiner Länder läßt sich für uns etwas lernen.“ Gewiß, die Kleinheit Bulgariens soll uns nicht davon abhalten; aber die Vergleichung der Dienstpflicht mit der Heerespflicht, die der bulgarische Minister für angebracht hält, zeigt, für welche Interessen die Arbeiter mobil gemacht werden.

50 Spitzenverbände der Bauindustrie fordern erhöhte Bautätigkeit.

t Berlin, 21. März.

Verschiedene Gruppen der Bauindustrie, insgesamt etwa 50 Spitzenverbände, haben der Reichsregierung in einer Eingabe erneut ihre Notlage und ihre Vorschläge zur Abhilfe dargelegt. Sie fordern die Wiederaufnahme von Bauten des Verkehrs (Eisenbahnen, Straßen, Wasserstraßen), von Meliorationen, Hochwasserschutz u. e. w. Dabei wendet sich die Denkschrift gegen die Ansicht, daß neue aus dem Rahmen fallende Bauwerke unter Aufblähung des Geworbes und des amtlichen Apparates geschaffen werden sollten. Die Bauwirtschaft wolle kein „zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm“, sondern nichts anderes als Ausgleichung der seit Jahren verminderten Bautätigkeit.

Ueber die Wirkungen auf den Arbeitsmarkt heißt es in der Denkschrift: „Für die Entlastung des Arbeitsmarktes fallen nicht nur die unmittelbar auf der Baustelle beschäftigten Arbeiter ins Gewicht, sondern ebenso die Arbeiter, die der Fabrikant von Baustoffen und der Transportunternehmer beschäftigen. Die öffentlichen Abgaben von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verwandeln sich zum großen Teil wieder in Gehälter und Löhne. In diesem Sinne kann man behaupten, daß die Bausumme zu 70 bis 80 Prozent sich in Gehälter und Löhne auflöse und in entsprechendem Umfange eine Entlastung des Arbeitsmarktes bedeutet. Die Löhne

Der vorstehende Bericht ist dem Buche „Mikrobengänger“, von PAUL DE KRUIF (Orell Füßli Verlag, Zürich und Leipzig), entnommen. Denselben Buche entnehmen wir auch den folgenden Bericht über Kochs Entdeckung des Tuberkelbazillus. Auf die sich jedem Leser aufdrängende Frage nach der Berechtigung des Tierversuchs gehen wir an dieser Stelle nicht ein.

Die Entdeckung des Tuberkulose-Bazillus.

So ging KOCH denn ans Werk. Selbst unter der Gefahr der Ansteckung tat er alles mit einer unheimlich-methodischen Ruhe, sodaß es den Leser seiner Berichte kalt überläuft. Den ersten tuberkulösen Stoff nahm er von der Leiche eines 36jährigen Arbeiters. Drei Wochen vorher war der Tote ein kräftiger Mann von strotzender Gesundheit gewesen, hatte dann plötzlich zu husten angefangen und bald darauf ein Stechen in der Brust gefühlt; dann schwand sein Körper sichtlich dahin. Vier Tage nach der Aufnahme ins Krankenhaus war er tot, die Leiche von Tuberkeln durchsetzt; jeder Körperteil war mit gelblichgrauen hirsekorngroßen Flecken gespickt.

Koch durchspähte mit seinem schärfsten Mikroskop die kranken Zellen von der Leiche des armen Arbeiters.

Tagelang konnte er nichts entdecken. Seine besten Linsen zeigten ihm, trotz vielhundertfacher Vergrößerung, nur die entarteten Reste einer gesunden Lunge oder Leber. „Wenn es eine Tuberkel-Mikrobe gibt“, mußte KOCH sich sagen, „so ist sie jedenfalls eine so winzige, so verborgen schleichende Teufelin, daß ich sie in ihrem natürlichen Zustande nicht wahrnehmen kann. Ich will das ganze Gewebe grell färben, so daß das niederträchtige Vieh sich mitten drin davon abheben muß.“

Tag für Tag arbeitete er nun daran, den kranken Stoff braun, blau, violett, kurz mit allen Farben des Regenbogens zu färben. Vorsichtig strich er die gefährliche Tuberkelmaterie auf reine Glasplättchen, indem er fast nach jeder Bewegung die Hände in keimtötendes Quecksilber-Bichlorid tauchte, daß sie verrunzelt und schwarz wurden; die Glasplättchen ließ er stundenlang in einem starken blauen Farbstoff liegen.

und Gehälter werden sehr schnell für Konsumzwecke ausgegeben und bewirken auf diese Weise erneut Beschäftigung von Arbeitern und Steueranfall.“

Zur Frage der Finanzierung bringt die Eingabe nichts wesentlich Neues, abgesehen davon, daß die Entlastung der Erwerbslosenfürsorge, die infolge der Einstellung von Bauarbeitern eintreten würde, als Subvention an die Bauunternehmer (!) beansprucht wird.

Bayerns Schulden.

w München, 22. März.

Im Haushaltsausschuß des Landtages teilte Staatsrat SCHÄFFER über die Schuldenabwicklung mit: Die Lage war im März ungeheuer schwierig. Für die große amerikanische Anleihe waren rund 11 Millionen aufzubringen und 40 Millionen Schatzanweisungen waren am 1. März 1932 fällig. Die amerikanische Anleihe von 11 Millionen fällt unter das Stillhalteabkommen. Wir haben den Amerikanern für ihre Anleihe schon mehr als 50 Prozent bezahlt. Nach dem Abkommen ist die Rate für März bis Juni gestundet. Von den 40 Millionen Schatzanweisungen wäre nicht ganz ein Drittel in den Händen von Banken; auch dieser Betrag könnte verlängert werden. Mehr als zwei Drittel mußten bar bezahlt werden. Dazu wurde der Betrag von 11,5 Millionen aus der Postabfindung, die das Reich an Bayern zahlt, verwendet. Ferner war es möglich, eine Anleihe aufzunehmen in Höhe von 10 Millionen, die durch das Bankhaus MERCK, FINCKH & Co. der bayerischen Staatsregierung zur Verfügung gestellt wurden. Dadurch konnte ein größerer Betrag bezahlt werden. Ein kleiner Rest mußte aus eigenen Mitteln aufgebracht werden.

Marienwerder zahlt nur die halbe Wohlfahrtsunterstützung aus.

e Eberswalde, 22. März.

Die Gemeinde Marienwerder hatte wegen ihrer ersten Finanzlage bei verschiedenen Ministerien Hilfe erbitten. Von den zur Verfügung gestellten 4000 Mark mußten sofort 2000 Mark für die Krisenunterstützung verwandt werden. Die restlichen 2000 Mark dürfen nur zur Bestreitung der Gemeindeforderungen für die Wohlfahrtsunterstützung Verwendung finden. Wie weit die Summe gereicht hat, geht daraus hervor, daß den Erwerbslosen am Sonntag nur die Hälfte des Unterstützungssatzes ausgezahlt wurde. Auch die zwangsweise eingeführte Bürgersteuer hat nur wenig zur Besserung der Finanzlage beigetragen.

Zum 2. Wahlgang.

h Berlin, 22. März.

Nach Beendigung des Oster-Friedens wird Reichskanzler BRÜNING in folgenden Städten zur Reichspräsidentenwahl sprechen: Am 5. April in Stuttgart, am 6. April in Erfurt, am 7. April in Hamburg, am 8. April in Stettin und am 9. April in Königsberg.

Reichslandbund für Hitler.

h Berlin, 22. März.

Der Reichslandbund erklärt: Ein deutscher Bauer kann am 30. April nicht Arm in Arm mit der bauerfeindlichen Sozialdemokratie den Reichspräsidenten wählen. In der Stimmabgabe für HITLER sieht der Reichslandbund eine starke kämpferische Kundgebung.

„Stahlhelm“ macht nicht mit.

h Berlin, 22. März.

Der „Stahlhelm“ sieht — wie er mitteilt — keinen Grund, sich als Bund noch am zweiten Wahlgang zu beteiligen.

Zu den Preußenwahlen.

Zu den Meldungen über Verhandlungen, wenigstens Landvolkpartei, Wirtschaftspartei und Jungdeutschen Orden, zu einer Wahlkoalition für die Preußenwahlen zusammenzubringen, wird seitens des „Landvolks“ bestätigt, daß unverbindliche Vorverhandlungen geführt worden seien.

Der Parteiausschuß der SPD hat beschlossen, die Namen OTTO BRAUN und KARL SEVERING an die Spitze sämtlicher preußischen Wahllisten, einschließlich der Landesliste der SPD, zu setzen.

Dann nahm er eines Tages seine Präparate aus ihrem blauen Bade, legte sie unter seine Linse, stellte sein Mikroskop scharf ein, und von dem grauen Nebel der Linse hob sich ein seltsames Bild ab. Zwischen den zersprengten kranken Lungenzellen sah er merkwürdige Haufen kleiner, unendlich dünner Bazillen — blau gefärbte Stäbchen, so zart, daß er ihre Größe kaum abschätzen konnte, sicherlich kein Fünfhundertstel eines Millimeters lang.

Aber KOCH überrückte sich nicht. Methodisch ging er weiter, Schritt für Schritt, immer tätig, vorsichtig, geschickt, präzise. Jetzt nahm er Tuberkeln aus den verschiedensten Teilen der Leiche und färbte sie; überall sah man dieselbe blaue Zeichnung von zarten, gekrümmten Bazillen, deutlich verschieden von allen Arten, die er bisher in Tausenden von gesunden und kranken Tieren und Menschen beobachtet hatte. Und nun kam die Reihe an die angesteckten Kaninchen und Meerschweinchen; traurige Dinge mußten sie erleben. Die früher so ausgelassenen Meerschweinchen hockten betrübt in den Ecken ihrer Käfige, ihr samenes Fell wurde rau und die putzigen Körperlein magerten ab, bis sie nur die Haut über den Knochen hatten. Bald stellte sich das Fieber ein; das duftigste Heu, die appetitlichsten gelben und roten Möhren lockten sie nicht mehr; eins nach dem anderen mußten sie sterben — arme Märtyrer, die unglücklichen Opfer dämonischer Gier nach Erkenntnis, aber auch des heißen Drangs, gequälten Menschen Hilfe und Rettung zu bringen. Kaum verendet, wurden die Tiere von dem emsigen kleinen Mann an sein Brett genagelt, ihr Fell mit Merkur-Bichlorid getränkt und der Leib mit sterilisierten Messern kunstgerecht — aber unter Atem versetzender Spannung — aufgeschnitten. Und wahrhaftig, da waren sie schon, im Innern der Körper, die unheimlichen, gelblich-grauen Tuberkeln, dieselben, von denen die Leiche jenes unglücklichen Arbeiters ganz voll gewesen war. Hinein mit ihnen ins blaue Bad auf den ewigen Glasplättchen, ja, da waren auch wieder dieselben schrecklichen Krummstäbchen, die ihm zuerst in den gefärbten Lungenteilen des toten Mannes aufgefallen waren.

(Fortsetzung folgt.)

Unternehmer-Zeitschriften zur „Kaufkraft-Theorie“.

Die Krise kommt nach dem bekannten MARX-Wort von der „Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen“. Wir haben die Richtigkeit dieser Theorie im „Funken“ häufig erhärtet. Wer die Krise ernstlich bekämpfen oder von vornherein vermeiden will, muß — wenn er diese Theorie nicht widerlegen kann — dafür sorgen, daß die Kaufkraft der Massen steigt.

Eine peinliche Sache für alle die Kreise, die zwar auch ihrerseits die Krise gern beendet sähen, die aber nicht ebenso gern bereit sind, sich für die Kürzung ihrer eigenen Einkommen und für Erhöhung der Real-löhne einzusetzen! Wenn sie nicht geradezu sagen wollen, daß sie *Freunde* der Krise sind, bleibt ihnen also nichts übrig als der Versuch, die Kaufkrafttheorie zu widerlegen.

Wie sie und die von ihnen bezahlten Schreiber sich dabei drehen und winden, sei hier am Beispiel von zwei Zeitschriften gezeigt, die uns aus dem Leserkreis zugegangen sind.

„Noch Immer Kaufkraft-Theorie?“

So ist ein kurzer Aufsatz im Organ des Verbandes der Mitteldeutschen Industrie (Nr. 4, vom 27. Februar 1932) überschrieben. Dort heißt es:

„Bei der Bekämpfung der Krise kommt es aber nicht so sehr auf die Kaufkraft der letzten Verbraucher als auf die der Produzenten an. Diese ist geschwächt durch die verlorengegangene Rentabilität der Unternehmungen. Wird durch Senkung der Unkosten die Rentabilität der Unternehmungen wieder hergestellt, so entsteht neue Kaufkraft der Produzenten, die Anlagen werden erweitert, die Erzeugung wird verbilligt, und die ersten Schritte zur Ueberwindung der Krise sind getan.“

Daß Unkostensenkung „auch Lohnsenkung“ bedeutet, ist wenige Sätze vorher gesagt; es versteht sich für Unternehmer heute überdies von selber. — Mit welcher Frechheit werden die einzelnen Glieder der Kette aneinandergereiht:

Bei Vermehrung der Kaufkraft der Produzenten werden die Anlagen erweitert, — das ist richtig! In ganz Deutschland stehen heute die erweiterten Anlagen als Zeugen dafür da.

Daß durch Erweiterung der Anlagen die Erzeugung verbilligt wird, schlägt nun aber allen Erfahrungen ins Gesicht! Die Erzeugung von Eisen wäre heute zum Beispiel weit billiger, wenn die Betriebe kleiner und infolgedessen besser ausgenutzt wären. Das Gleiche haben wir hier vor kurzem für Ziegel gezeigt (in Nr. 63).

Wer soll die Produkte denn kaufen, die in dem erweiterten Betrieb erzeugt werden? Insbesondere, wenn der Lohn der Arbeiter noch mehr gesenkt worden ist? Diese Frage hat sich jener Unternehmerschreiber natürlich auch vorgelegt. Seine Antwort:

„Durch eine Senkung der Lohnkosten geht dabei keineswegs Kaufkraft verloren: sie wird vom Arbeiter auf den Unternehmer, vom Verbraucher von Lebensmitteln und Massenbedarfsartikeln auf den Verbraucher von Produktionsmitteln übertragen.“

Hier wird also allen Ernstes der Unternehmer als „Verbraucher von Produktionsmitteln“ angepriesen. Noch mehr Produktionsmittel sollen also die Herren Unternehmer „verbrauchen“, gemeint ist wohl: von den Schwerindustriellen kaufen! Warum, wenn doch offenbar weder sie selber diese Produktionsmittel verzehren können, noch die Arbeiter die Güter kaufen können, die mit Hilfe jener Produktionsmittel hergestellt werden könnten?

Die Antwort jenes Schreibers ist kurz und bündig: „Das ist wirtschaftlich notwendig. ...“ Warum er diese mit keinem Wort begründete Antwort gibt, verrät er eindeutig in dem Nachsatz: „... und man kommt eben nicht um die Tatsache herum, daß die Lohnsenkung der Preissenkung vorangehen muß.“

Hören wir nun die

„Wirtschaftliche Laienpredigt“

von Dr. KARL MEGERLE in einer DINTA-Zeitung (der „Westdeutschen Straßen- und Kleinbahner-Zeitung“, Nr. 25, vom 5. Dezember 1931). Die Predigt beginnt:

„Die fabelhafte Konsumkraft-Theorie, von der man bis vor nicht allzu langer Zeit das Ende der Krise, die „Ankurbelung der Wirtschaft“, kurzum eine neue Konjunktur erwartete, ist zu Wasser geworden. Kaufleute und Parlamentarier, Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben diesen Götzen täglich und stündlich angebetet. Reichs-, Staats- und Kommunalregierung haben vor ihm auf den Knien gelegen und ihm ungeheure Opfer an Ausgaben und Verschwendung gebracht. Alles vergeblich! Die Konsumkraft-Theorie war eine Irrlehre.“

Es geht uns heute schlecht, weil die Kaufkraft der Massen in Deutschland, wenn wir nur die gegenwärtige Konjunkturperiode betrachten, zum mindesten seit 1927 zu niedrig war. An die Kaufkraft-Theorie hat man sich in der Zeit verhältnismäßig guter Konjunktur von 1927—29 nicht gehalten. Daß es uns heute schlecht geht, ist trotzdem für jenen Herrn Doktor der Beweis dafür, daß die — nicht angewandte — Kaufkrafttheorie eine Irrlehre ist!

MEGERLE behauptet einfach, die Konsumkraft-Theorie habe geherrscht: „Wo aber einmal der Tyrann „Konsumkraft-Theorie“ herrscht, da wütet er in jeder Richtung.“ Diese Theorie sei schuld an der „gesteigerten Genußsucht“ der Massen, am Luxus.

Darum „haben Hunderttausende von deutschen Familien noch keine Wohnung für sich, während ringsum die Konsumkraft-Theorie Orgien feiert. Dieser Widersinn geht ja schon so weit, daß die Familie, die sich entgegen ihrem Einkommen

zu einer teuren Anschaffung verleiteten läßt, ihr Gewissen damit beruhigt, daß sie national richtig handle, weil sie ja Konsumkraft entwickle und Brot und Arbeit schaffe. Wir brauchen hier nicht auszuführen, was an Leichtfertigkeit, Zerrüttung, Unheil, ja Laster auf diesem Boden gediebt.“

Als Ideal stellt MEGERLE dem lasterhaften deutschen Volk „den geizigen, knickrigen, sparsamen französischen Bauern, Kleinbürger und Rentner“ hin — man staune über diesen Ausdruck internationaler Gesinnung!

Diese „Wirtschaftliche Laienpredigt“ kommt in Dutzenden von DINTA-Zeitungen in die Hände von Hunderttausenden von Arbeitern, vor allem im Ruhrgebiet. Diese Zeitungen haben den Zweck, die Arbeiterschaft ihrer Klassenaufgabe zu entfremden. Sie werden gelesen von Männern und Frauen, die nicht volkswirtschaftlich geschult sind, die sich zum Teil den Kopf darüber zergrübeln, warum es ihnen elend geht; die infolge des Versagens der Politik der Arbeiterorganisationen sich fragen, ob diese Organisationen auf dem rechten Wege sind.

Dazu kommt: Der einzelne Unternehmer rechnet ihnen vor: Wenn ich 20 Prozent weniger Lohn zahlen muß, so kann ich mehr Aufträge hereinbekommen, so kann ich mehr Arbeiter einstellen; diese Rechnung ist fast in jedem einzelnen Fall richtig. Und doch ist derjenige nicht nur ein Verräter an der Arbeiterklasse, der den wahrlich niedrig genug liegenden Tariflohn unterschreitet; sondern er trägt, soviel er kann, dazu bei, die Krise zu verschärfen. Jene Unternehmer-Zeitschriften wollen ihm den Verrat leicht machen, dadurch daß sie ihm einreden, durch „Sparsamkeit“ — zu deutsch: Lohnsenkung — könne die Krise überwunden werden.

Daß die Krise nur durch Stärkung der Massenkaufkraft überwunden werden kann, haben wir im „Funken“ schon häufig dargelegt und wollen es hier nicht wiederholen. Eine zusammenfassende Darstellung finden unsere Leser in der soeben erschienenen Schrift: „Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Ein sozialistisches Programm zur Beseitigung der Wirtschaftskrise.“ (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin S 14. 1932. 20 Pfennig.) KARL MARX hat in manchem geirrt. Aber er hatte, wie in dieser Schrift eingehend nachgewiesen wird, Recht mit der Behauptung, die wir allem Unternehmergeschwätz und allem Unsicherwerden in den eigenen Reihen immer wieder entgegenhalten wollen:

„Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumbeschränkung der Massen.“ Die Unternehmerschreiber können gegen diese Behauptung nur stammeln und predigen.

Wir können für dieses MARX-Wort Gründe beibringen.

Die Arbeiterschaft kann, wenn sie geschlossen ist, noch mehr, als Gründe beibringen. Die Gewerkschaften können auch heute und auch in Deutschland es erzwingen, daß eine wohl begründete Wirtschaftspolitik durchgeführt wird.

Sie sollen es erzwingen.

Hellmut Rauschenplat.

Rohstoffkartelle.

Eisen, Aluminium, Kunstseide.

Verarbeitenden Industrien in Deutschland wird der Export erschwert, dadurch daß die Preise ihrer Rohstoffe durch Kartelle und Zölle überhöht sind. Wir berichteten bereits über die Verhandlungen der eisenverarbeitenden Industrie mit der eisenschaffenden Industrie wegen Exportrückvergütungen (den sogenannten Avi-Rabatten). Dasselbe Spiel wiederholt sich in anderen Industrien.

Kürzlich haben Verhandlungen stattgefunden zwischen den Aluminiumwarenherstellern und den deutschen Rohaluminiumerzeugern mit dem Ergebnis, daß auch den Aluminiumverarbeitern nunmehr eine Exportvergütung gewährt wird.

Die deutschen Kunstseidenverarbeiter klagen über mangelnde Exportfähigkeit, weil einzelne Mitglieder des Viscose-Syndikats ausländische Kunden zu billigeren Preisen beliefern als die deutschen Abnehmer. Die Verhandlungen über die Rabattbestimmungen zwischen den Verarbeitern und dem Syndikat sind bisher ergebnislos verlaufen.

In immer mehr Wirtschaftszweigen sehen wir dasselbe: Die deutschen Rohstoffkartelle liefern den inländischen Weiterverarbeitern die Rohstoffe teurer als deren ausländischen Konkurrenten. Durch die hohen Inlandspreise für deutsche Rohstoffe wird der Absatz von Fertigwaren im Inland gehemmt. Durch die niedrigen Auslandspreise für deutsche Rohstoffe werden die ausländischen Konkurrenten der deutschen Fertigwaren-Industrie bevorzugt behandelt; dadurch wird der Absatz für Fertigwaren im Ausland gehemmt. Rohstoffkartelle dulden, heißt also: der Fertigwaren-Industrie den Inlands- und Auslandsmarkt gleichzeitig verderben.

Kupferproduktion zu 80 Proz. gedrosselt.

Nach Verhandlungen, die fast einen Monat währten, haben sich die amerikanischen Kupferproduzenten mit den übrigen Mitgliedern des internationalen Kupferkartells darauf geeinigt, künftig nur noch mit 20 statt wie bisher mit 26 1/2 Prozent der Produktionsfähigkeit zu produzieren. Ursprünglich war sogar eine Einschränkung auf 17 1/2 Prozent vorgeschlagen worden. Dieser Vorschlag, ebenso die Forderung der Amerikaner, die Betriebe auf einige Monate völlig zu schließen, um so endlich die Vorräte radikal abzubauen zu können, wurde insbesondere infolge des Widerstandes der Katanga-Gruppe (belgischer Kongo) abgelehnt.

In kapitalistischen Kreisen wird dem Kartell auch nach der Neuregelung keine große Lebensfähigkeit zugesprochen.

Siedlung in Preußen.

Der preußische Landwirtschaftsminister STEIGER wies bei einer Pressebesprechung die auch von uns (im „Funken“ Nr. 54) geäußerte Befürchtung zurück, daß Preußen sich selber ausgeschlossen habe von der Siedlungsarbeit, dadurch daß es seine Anteile an der Siedlungsbank, Rentenbank und den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften an das Reich abgetreten hat. Die Siedlung verbleibe trotz des zum Ausgleich des Preußen-Haushalts mit dem Reich getroffenen Abkommens als Hoheitsverwaltung bei Preußen. Es sei nicht zu befürchten, daß die Siedlung eine Angelegenheit des Reiches werde, weil das nur dazu angetan wäre, der Siedlung einen Hommschuh anzulegen. In dieser Hinsicht bestünden keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen Preußen und dem Reich.

Die Siedlungstätigkeit ist seit 1925/26 etwa um das Fünffache gesteigert worden. 1931 sind 7914 Neusiedlungen mit einer Fläche von 81928 Hektar und 9677 Anliegersiedlungen mit einer Fläche von 20374 Hektar geschaffen worden. Auf Ostpreußen und Pommern entfallen etwa 50 Prozent der Neusiedlungen und über 25 Prozent der Anliegersiedlungen.

Mit Hilfe der sogenannten Ausbausiedlungen ist es gelungen, die Siedlungskosten zu verringern. Gegenüber der Vollsiedlung im Jahre 1928 verringerten sich bei der Ausbausiedlung die Landkosten von 21 000 auf 12 000 Mark, die Gebäudekosten von 19 000 auf 7 900 Mark, die Gesamtkosten von 40 000 auf 19 900 Mark, die Anzahlung von 5000 auf 2000 Mark, die Hauszinssteuerhypotheken von 5000 auf 3000 und das Rostkaufgeld von 30 000 auf 14 900 Mark.

Die jährliche Belastung einer Siedlerstelle von 15 Hektar ist von 1550 Mark im Jahre 1928 auf 775 Mark im Jahre 1932 herabgemindert worden. Die jährliche Belastung pro Morgen verringert sich von 25,87 Mark im Jahre 1928 auf 12,91 Mark im Jahre 1932.

Soweit Erwerbslose für die Siedlung in Frage kommen, die vom Lande stammen, stehen die sogenannten Anzahlungskredite zur Verfügung, die für 10 Jahre zinslos gewährt werden. Soweit Industriearbeiter in Frage kommen, geht man von dem Gedanken aus, die Industriearbeiter zum Aufbau der Siedlung heranzuziehen. Die Arbeitsleistung wird gutgeschrieben und zur Anzahlung verwendet. Erwogen wird mit dem Reichsarbeitsministerium die Idee, die Dauer des Arbeitsdienstes zu verlängern, damit sich die Beteiligten die Mittel erarbeiten können, die als Anzahlung zum Erwerb einer Stelle notwendig sind.

Die wirtschaftliche Lage der Siedler ist im allgemeinen ungünstig. In Ostpreußen sind nach Angabe des Landwirtschaftsministers die Siedler mit 30 Prozent der Rentenzahlung im Rückstande. — Dieser Zustand ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß von seiten der Regierung schon jahrelang eine bauernfeindliche Wirtschaftspolitik getrieben wird!

Für eine große Anzahl Güter im Osten hört im Sommer dieses Jahres der Schutz vor der Zwangsversteigerung auf. Es handelt sich um ungefähr 11.800 Betriebe mit 340 000 Hektar. Ein Teil dieser Güter, etwa 25 000 Hektar, eignet sich nicht zur Siedlung. 60 000 bis 65 000 Hektar können der Anliegersiedlung zugeführt werden. Man würde die bestehenden kleinen Bauernwirtschaften dadurch wirtschaftlich kräftiger machen. Der Rest, abgesehen von Wasser, Wald u. s. w., muß der Neusiedlung zugeführt werden.

Hier besteht also die Möglichkeit für eine umfangreiche Siedlungspolitik. Nach den Erklärungen des preußischen Landwirtschaftsministers ist der preußische Siedlungsapparat durchaus in Ordnung, um diese Aufgabe durchführen zu können. Erfolgreich wird diese Siedlungsaktion jedoch nur sein, wenn den Bauern die Möglichkeit gegeben wird, zu bestehen, wenn also die Futtermittelpreise gesenkt werden und die Kaufkraft der Bevölkerung für bäuerliche Produkte gehoben wird. Bey.

Junkers-Konzern zahlungsunfähig.

Die JUNKERS-Werke, Hauptbüro, die Forschungsanstalt Professor JUNKERS, JUNKERS & Co., JUNKERS-Flugzeugwerke A.-G., JUNKERS Motorenbau G. m. b. H. und das Kaloriferwerk HUGO JUNKERS haben ihren Gläubigern mitgeteilt, daß sie das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt und ihre Zahlungen eingestellt haben. Angeblich liegt eine Ueber-schuldung nicht vor. Umsatz und Auftragsbestand bei den einzelnen Werken werden als nicht ungünstig, teilweise sogar als besser als im Vorjahr bezeichnet. Die Zahlungseinstellung ist die Folge eines völligen Mangels an flüssigen Mitteln; wegen dieses Mangels ist die Gesellschaft mit Zahlungen an ihre Lieferanten in Rückstand gekommen.

Es ist zu hoffen, daß der Weiterbestand der Werke sichergestellt werden kann. Von einer Schließung würden insgesamt 3000 Arbeiter und Angestellte betroffen werden.

Treu und Glauben!

Auf einer öffentlichen Mitgliederversammlung des Verbands Sächsischer Industrieller sprach am 15. März der Vorsitzende über: „Treu und Glauben in der Krise.“ Er führte dabei aus:

Treu und Glauben ist der Grundpfeiler des öffentlichen und privaten Rechts. Dieser Grundsatz ist für den Geschäftsmann die Richtschnur für seine Verträge und Willenserklärungen. Es wäre krasse Ignoranz, zu leugnen, daß sich im deutschen Wirtschaftsleben Dinge ereignet haben, die jeden anständigen Wirtschaftler mit Scham erfüllen. Mit Treu und Glauben und guten Sitten ist es unvereinbar, durch Luxus und Verschwendung eine Kluft aufzureißen zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer. Darin, daß man, um zu verdienen, ständig danach trachtet, einwandfreie Güter zu erzeugen und so wohlfeil wie möglich an den Verbraucher heranzubringen, also daß man bestrebt ist, den eigenen Nutzen in dem Nutzen anderer zu suchen, liegt Ehre, Gewinn und Daseinsberechtigung des Unternehmens beschlossen.

Oh Herr WITTKRE wohl glaubt, was er sagt? Und ob er danach handelt?